

Freie Demokraten

Landesverband
Hamburg **FDP**

Antragsbuch des 108. Landesparteitags der FDP Hamburg

17. November 2018

#fdpHH108

Bürgersaal Wandsbek
Am Alten Posthaus 4
22041 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag	
LA18201	Kommunalpolitisches Programm der Hamburger Freien Demokraten zur Wahl der Bezirksversammlungen 2019 Landesvorstand FDP Hamburg
Antrag	
18201	Einschulungen in Hamburg regelhaft am Sonnabend durchführen FDP Bezirksverband Hamburg-Nord
18202	Jedes Kind ins Planetarium Hamburg FDP Bezirksverband Hamburg-Nord
18203	Meere von Plastikmüll befreien – Ökosysteme schützen. Für die nachhaltige Reduzierung von Kunststoffen in Gewässern Landesfachausschuss 1 „Europa und internationale Politik“, Landesfachausschuss 8 „Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur“, Dirk Ahlers, Rolf Reincke, Christel Nicolaysen
18204	Kleine Photovoltaikanlagen und Stromspeicher durch weniger Bürokratie attraktiver machen Barnabas Crocker, Lutz Schmidt, Philipp Schönhoff, Rolf Schnittger, Jutta Koy, Cindy Lembke, Günter Rosenberger, Gert Wöllmann, Hans Helmut Killinger, Ralf Kempgen
18205	Luke, ich bin dein Elternteil Junge Liberale Hamburg e.V.
18206	Die Zukunft der Hamburger Fernwärme Michael Kruse, MdHB, Dr. Kurt Duwe, MdHB
18207	Einheitliche Aufsicht für die gesetzlichen Krankenkassen Landesfachausschuss 6 „Gesundheit“
18208	Regionalfaktor für den Risiko-Struktur-Ausgleich (RSA) einführen Landesfachausschuss 6 „Gesundheit“
18209	Spurwechsel für gut integrierte Flüchtlinge ermöglichen Christel Nicolaysen, MdHB, Heico Fuhrmann, Hermann Jansen, Janine Gast, Eva Parbs, Birgit Wolff

**LEITANTRAG:
Kommunalpolitisches Programm der
Hamburger Freien Demokraten zur Wahl
der Bezirksversammlungen 2019**

Der Landesparteitag der Hamburger Freien Demokraten möge beschließen:

Kommunalpolitisches Programm der Hamburger Freien Demokraten zur Wahl der Bezirksversammlungen 2019¹

1 Das Prinzip der Subsidiarität ist den Hamburger Freien Demokraten wichtig: Wann immer ein
2 Problem vor Ort gelöst werden kann, soll es dort auch gelöst werden. Alle Anliegen der örtli-
3 chen Gemeinschaft sollen deshalb in eigenverantwortlicher Selbstverwaltung durch die Be-
4 zirke erfolgen. Das Recht des Senats, sich über Entscheidungen der Bezirksversammlungen
5 hinwegzusetzen (Evokationsrecht), wollen wir auf wenige Fälle beschränken, welche die ge-
6 samte Stadt betreffen. Zudem können Prozesse durch den Abbau bestehender Doppelstruk-
7 turen effizienter gestaltet werden.

8 Notwendig ist dafür eine Änderung der Hamburger Verfassung, in der die Aufgabenvertei-
9 lung zwischen den Bezirken und der Stadt abschließend geregelt wird. Die Bezirke sollen ein
10 Selbstverwaltungsrecht erhalten und deren Kompetenzen in der Hamburger Verfassung ver-
11 ankert werden. Sie sollen selbständig die örtlichen Verwaltungsaufgaben wahrnehmen und
12 für alle Aufgaben zuständig sein, für die sich keine ministeriellen Zuständigkeiten der Fach-
13 behörden ergeben. Dazu gehört auch die weitgehende Übertragung von Verwaltungsbe-
14 reichen aus den Fachbehörden in die Bezirke inklusive der dazu erforderlichen Haushaltsmit-
15 tel und Personalressourcen: insbesondere für die Bereiche Stadtteilkultur, Untere Straßen-
16 verkehrsbehörde, Bezirklicher Ordnungsdienst, öffentliche Grünpflege, dezentrale Sportstät-
17 tenverwaltung und Liegenschaftsangelegenheiten. Darüber hinaus soll weitgehende Haus-
18 haltsautonomie im Bezirk gelten, um die bereitgestellten Mittel entsprechend den sehr unter-
19 schiedlichen Bedürfnissen in den Bezirken einzusetzen.

20 In den nachstehenden Kapiteln beschreiben die Hamburger Freien Demokraten den dringli-
21 chen Veränderungsbedarf in den Politikfeldern, die den Hamburgerinnen und Hamburgern
22 für die Entwicklung in den Bezirken besonders wichtig sind. Unsere Forderungen stellen be-
23 stehende Zuständigkeiten bewusst dann in Frage, wenn diese politische Entscheidungspro-
24 zesse vor Ort behindern und bürgernahe Entscheidungen ausbremsen.

25 1. Wachsende Stadt – Stadtteile und Bezirke mit Augenmaß entwickeln.

26 Breites Wohnungsbaubangebot ermöglichen.

27 Auf begrenzter Fläche wollen wir ökologisch wertvolle Ressourcen erhalten und gleichzei-
28 tig für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Das kann nur in Kombination aus maßvollem
29 Neubau und behutsamer Nachverdichtung (Baulücken schließen, Geschosse aufstocken
30 und Dachgeschosse ausbauen) gelingen. Um preisgünstiges Bauen zu ermöglichen, for-
31 dern wir Kostentreiber zu eliminieren, Investitionshemmnisse abzubauen und Anreize für
32 den Erwerb von Wohneigentum zu schaffen. Die sogenannte Mietpreisbremse wollen wir
33 umgehend abschaffen, weil sie Investitionen hemmt und nicht denjenigen nützt, denen sie
34 günstigen Wohnraum verschaffen soll.

35 Eine nachhaltige Verkehrsplanung muss zeitlich vor der Schaffung von neuem Wohnraum
36 liegen, um die Lebensqualität in der Stadt zu erhalten. Sie ist entscheidend für die Akzep-
37 tanz von Wachstum und Verdichtung.

¹ Motto wird zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.

38 Hamburg sieht sich einer wachsenden Nachfrage nach Wohnungen unterschiedlichen
 39 Typs, Größen und Preislagen in allen Bezirken der Stadt ausgesetzt. Notwendig ist ein
 40 differenziertes und nachhaltig geplantes Bauprogramm in allen Segmenten und Preiska-
 41 tegorien, an dem sich private Investoren, gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften
 42 und auch öffentliche Wohnungsbauunternehmen verstärkt beteiligen.

43 Der Senat und die Bezirksämter können die Realisierung dieses Programms vor allem
 44 durch folgende Maßnahmen unterstützen:

- 45 • Ausweisung von mehr Flächen für den Wohnungsbau und Vergabe baureifer Grund-
 46 stücke nach Konzeptkriterien statt Höchstpreis,
- 47 • Beschleunigte Bauleitplanungen und Genehmigungen, in diesem Zusammenhang hin-
 48 reichende Ausstattung der Bezirksämter mit qualifiziertem Personal,
- 49 • Frühzeitige Bürgerbeteiligung an Stadtteil- und Quartiersplanungen, abgestimmt zwi-
 50 schen Fachbehörden und Bezirksämter (Vorbild Oberbillwerder).
- 51 • Nachverdichtung bestehender Quartiere mit Augenmaß und gebotener Zurückhaltung
 52 gegenüber der Bebauung dünner besiedelter Stadtgebiete. Ferner ist bei einer Nach-
 53 verdichtung auch stets die örtliche Versorgung (hinreichendes Angebot an Kitas, Schu-
 54 len, Einkaufs-, Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten) einzuplanen.
- 55 • Errichtung vermietbarer Tiefgaragenstellplätze (zum Beispiel unter Quartiersplätzen).
- 56 • Gleichbehandlung aller Berufsgruppen bei der Vergabe öffentlich geförderter Wohnun-
 57 gen sowie regelmäßige Überprüfung der Berechtigung zur Inanspruchnahme öffentlich
 58 geförderter Mieten und gegebenenfalls Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe.
- 59 • Aufhebung rückwärtsgewandter Regulierungen und Beschränkungen. Beispiel: Home-
 60 sharing bietet Wohnungsinhabern eine innovative Möglichkeit, kurzfristig nicht benötig-
 61 ten Wohnraum anderen zur Verfügung zu stellen. Auch ein solcher Markt muss sich an
 62 Spielregeln halten. Der Staat muss sich gegen "schwarze Schafe" am Wohnungsmarkt
 63 zur Wehr setzen, die regulären Wohnraum dauerhaft zweckentfremden und damit
 64 langfristig dem Wohnungsmarkt entziehen. Die erneute Verschärfung des sogenannten
 65 „Wohnraumschutzgesetzes“ lehnen wir jedoch ab, da diese sich gegen alle Anbieter
 66 richtet und nicht nur gegen die missbräuchliche Nutzung. Wir Liberale wollen, dass alle
 67 Bürgerinnen und Bürger die Chancen einer Sharing Economy nutzen können, ohne sie
 68 durch überzogene bürokratische Hürden zu gängeln.

69 **Parks und Grünlagen schützen und pflegen.**

70 Wegen der zunehmenden baulichen Verdichtungen und Versiegelung von Flächen ist der
 71 Schutz unserer Parks und Grünanlagen besonders wichtig, damit Hamburg seinen Cha-
 72 rakter als grüne Stadt erhalten kann und die Lebensqualität in den Stadtquartieren erhal-
 73 ten bleibt.

74 Die Grünanlagen in Hamburg sind von sehr unterschiedlicher Natur, haben sehr unter-
 75 schiedliche Funktionen und sind unterschiedlichsten Umweltbelastungen ausgesetzt. Um
 76 ihre Vielfalt zu erhalten, müssen den Bezirken für die Pflege mehr Ressourcen zur Verfü-
 77 gung gestellt werden, auch damit ihre Gartenbauabteilungen Parkranger für die Sauber-
 78 keit und Ordnung in ihren Grünanlagen einsetzen können.

79 Vor dem Hintergrund der immer mehr abnehmenden natürlichen beziehungsweise natur-
 80 nahen Flächen in Hamburg und des ungebremsten Artenrückgangs, gerade auch von
 81 Bienen und Insekten, sollte die Pflege von Grünanlagen künftig stärker auf deren Anforde-
 82 rungen ausgerichtet werden. Wir fordern eine stärkere bezirkliche Kontrolle der Vergabe
 83 und Durchführung erteilter Aufträge (zum Beispiel: Gartenbau, Pflege, Unterhaltung der
 84 Wege, Straßenbau).

85 **Soziale Infrastruktureinrichtungen in den Stadtteilen und Quartieren stärken –**
 86 **Freiwilliges und eigenverantwortliches Handeln in den Quartieren fördern.**

87 Barrieren, die der Gesellschaftszugehörigkeit im Wege stehen, müssen abgebaut werden.
 88 Gerade in unmittelbaren Lebensräumen der Menschen, den Wohnquartieren, muss sich
 89 selbstverantwortlich ein Raum der Teilhabe und Zugehörigkeit entwickeln – aus der Frei-
 90 willigkeit heraus, aber unterstützt durch begleitende Maßnahmen der Bezirke.

91 Wir Freie Demokraten fordern:

- 92 • Dauerhafte Förderung von Freiwilligenagenturen und regelmäßige Ausrichtung von
 93 Freiwilligenmessen in den Bezirken beziehungsweise Stadtteilen und Quartieren. Ziel
 94 ist die bessere Vernetzung von Freiwilligen und Interessierten mit Vereinen und Initiati-
 95 ven.
- 96 • Die Entstehung von Identität im Quartier durch Selbstverantwortung stärken. Das wol-
 97 len wir durch eine stärkere und direkte Einbindung der Anwohner bei der Verteilung der
 98 bezirklichen Mittel mit der selbstbestimmten Verwendung durch alle Anwohner im
 99 Quartier erreichen.
- 100 • Wettbewerbe in der Stadt für „Best-Practice-Beispiele“ als Vorbild oder Anregung für
 101 andere Wohnquartiere zu initiieren. Ziel solcher Wettbewerbe soll die Stärkung der
 102 Gemeinschaft und des Zugehörigkeitsgefühls im Quartier sein.

103 **Quartiersmanagement und Community-Center in den Bezirken etablieren.**

104 Zusammengehörigkeit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Das betrifft in den Quartie-
 105 ren alle Bewohner gleichermaßen aus verschiedenen Perspektiven. Reale oder gefühlte
 106 Ausgrenzung führt zu Abschottung und Vereinsamung, egal durch welche Ursache. Das
 107 widerspricht dem liberalen Gedanken nach Möglichkeiten und Chancen der Teilhabe. Die
 108 Entwicklung in den Quartieren hat in den letzten Jahren in vielen Bereichen zur Ver-
 109 unsicherung geführt. Viele Probleme entstehen durch Kommunikationslücken. Werden
 110 diese verbessert oder geschlossen, ist das auch ein Zeichen von Wertschätzung und
 111 fördert die Motivation und nicht zuletzt das Eigenengagement. Die Förderung des sozia-
 112 len Zusammenhalts in den Wohnquartieren ist eine der wichtigsten Aufgaben in den Be-
 113 zirken. Wir wollen Angebote schaffen und Anreize setzen, um das Miteinander vor Ort zu
 114 stärken. Das ist unsere liberale Antwort für das Wachsen von festen Strukturen und
 115 dadurch nicht zuletzt die Schaffung von Orientierung und Zugehörigkeit, die zu einer
 116 höheren Identität und mehr Sensibilität im Umgang mit der eigenen Umgebung führt.

117 Zur Teilhabe gehören Information und Kommunikation, die die verschiedenen sozialen
 118 Schichten eines Bezirkes auch erreichen. Es ist für Bewohner entscheidend, welche
 119 stadtentwicklungs- oder integrationspolitische Herausforderungen auf ihr Quartier zu-
 120 kommen und welche Auswirkungen diese für sie haben. Hier haben die Bezirksämter die
 121 entscheidende Aufgabe, Anliegen der Bürger schnell und nachvollziehbar zu lösen.

122 Deshalb fordern wir Freie Demokraten:

- 123 • digital gestützte Quartiersplattformen, die soziale, ökonomische und funktionale Ver-
 124 netzung zwischen räumlichen Umgebungen ermöglichen, um so Interaktionen von un-
 125 mittelbaren Nachbarschaften zu fördern und weitere Möglichkeiten zum zwischen-
 126 menschlichen Austausch und zur verbesserten Integration zu schaffen.
- 127 • dauerhafte Schaffung von modernen Begegnungsorten bei den Quartiersplanungen.
- 128 • Einführung eines Bürger-(Quartiers-)lotsen zur Verbesserung der Kommunikation im
 129 Quartier.

130 **Offene Kinder- und Jugendarbeit sichern –**
 131 **Zielgerichteten Einsatz von Maßnahmen der Jugendhilfe gewährleisten.**

132 Kinder und Jugendliche brauchen auch außerhalb der Schule Freiräume. Diese bieten of-
 133 fene Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Sie haben eine wichtige Funktion, denn
 134 Kinder und Jugendliche können ihre Freizeit dort selbstbestimmt und weitgehend selbst-
 135 organisiert gestalten. Kooperationen zwischen Schulen und Einrichtungen der offenen
 136 Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Nachbarschaft sollen gefördert, die bessere und regel-
 137 hafte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Bezirken bei allen Fragestellun-
 138 gen, die ihr Leben direkt betreffen, erreicht werden.

139 Wir Freie Demokraten wollen, dass

- 140 • die wertvollen Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit erhalten bleiben und
 141 nicht zugunsten von verpflichtenden Ganztagschulen abgebaut werden. Weitere
 142 Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir daher ebenso ab wie auf die Schule verlagerte
 143 Maßnahmen, die den Freiraum für die Kinder und ihre Entfaltung einschränken.
- 144 • die gesetzlich festgeschriebene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Ent-
 145 scheidungsprozessen der Bezirksverwaltung gewährleistet werden.

146 **Chancengerechtigkeit durch Frühförderung von Kindern sichern.**

147 Wenn man Kinder fördern will, ist oft auch eine Förderung der Eltern-Kind-Kompetenz
 148 notwendig. Unter Anleitung von Frühförderungspädagogen unterstützen die Eltern spiele-
 149 risch die individuelle Entwicklung sowie den Spracherwerb des Kindes. Die individuelle
 150 Stärke beginnt in der Frühförderung und legt den Grundstein für die individuelle Entfal-
 151 tung. Unabdingbar ist dabei der weitere Ausbau niedrigschwelliger Angebote im Bereich
 152 Frühförderung. Die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets muss – zum
 153 Beispiel durch gezielte Informationskampagnen – weiter gesteigert werden.

154 **Senioren – gesellschaftliche Teilhabe im besten Alter fördern.**

155 Die demografische Entwicklung wird auch in Hamburg dazu führen, dass in den Quartie-
 156 ren immer mehr Senioren leben. Deshalb sollte darauf geachtet werden, dass den Men-
 157 schen auch weiterhin die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhalten bleibt. Ihre vor-
 158 handenen Potentiale wollen wir Freie Demokraten in den Vordergrund rücken.

159 Deshalb fordern wir:

- 160 • Überprüfung sämtlicher Höchstaltersgrenzen bei freiwilligem Engagement, zum Bei-
 161 spiel bei den ehrenamtlichen Schöffen,
- 162 • Ausbau der Informations- und Beratungsangebote für Senioren auf Ebene der Quartie-
 163 re, zum Beispiel hinsichtlich der Ergreifung ehrenamtlicher Tätigkeiten oder Nutzung
 164 der eigenen Potentiale im Quartier,
- 165 • Weitere Prüfung von Möglichkeiten des Zusammenlebens in gemeinsamen Wohnein-
 166 heiten verschiedener Altersgruppen.

167 **Integration gemeinsam gestalten.**

168 Wir Freie Demokraten handeln aus einem umfassenden Integrationsverständnis heraus.
 169 Erfolgreiche Integration erreichen wir, indem wir den Menschen sowohl auf der strukturel-
 170 len als auch auf der sozialen Ebene gezielt Zugänge zu bedarfsbezogenen und passge-
 171 nauen Maßnahmen schaffen. Integration ist für uns keine Einbahnstraße! Folglich ist es
 172 essentiell, die aufnehmenden Stadtquartiere an diesem Prozess frühzeitig und umfassend
 173 zu beteiligen.

174 Eine gelingende Integration vollzieht sich vor Ort in den Quartieren. Diese Strukturen
175 werden wir entsprechend stärken.

176 Unsere Forderungen sind:

- 177 • Klare Grenzen und gleiche Regeln für alle: Ob Migranten, einheimische Bürger oder
178 Geflüchtete – jeder Mensch unserer Gesellschaft muss die geltenden Gesetze einhalten. Dabei darf es keine Vor- oder Nachteile für eine bestimmte Gruppe geben. So ist
179 dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung mit hilfreichen, schnellen und nachvollziehbaren
180 Vollzugsmaßnahmen nach dem Übertreten von Rechtsgrenzen entgegenzukommen.
181
182
- 183 • Unterstützer unterstützen: Wir unterstützen und stärken das Ehrenamt! Diese Unterstützung
184 muss dort ansetzen, wo sie tatsächlich benötigt wird. Deshalb treten wir proaktiv in den Dialog mit Ehrenamtlichen, die Migranten bei ihrem Integrationsprozess
185 begleiten. Gemeinsam mit ihnen werden wir Angebote wie „Integrations-Guides“ in den
186 Quartieren entwickeln, die die Kultur und Regeln ebenso vermitteln wie Sicherheit im
187 Umgang mit Behörden und Verwaltung. Wir stützen uns dabei auf den breiten Erfahrungshorizont und die große Expertise der Ehrenamtlichen.
188
189
- 190 • Sinnvolle und gezielte Förderung statt Mittelverteilung nach dem Gießkannenprinzip:
191 Die zur Verfügung stehenden Mittel müssen effektiv und effizient eingesetzt werden.
192 Wir setzen uns dafür ein, dass Fördermaßnahmen zielgruppenspezifisch eingesetzt
193 werden. Gleichzeitig muss es eine Öffnung der Regelangebote geben, damit auch Migranten von den bereits bewährten Maßnahmen profitieren können.
194
- 195 • Stärkere Teilhabe von Migranten am gesellschaftlichen Leben: Wir sind davon
196 überzeugt, dass eine erfolgreiche Integration vom Grad der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abhängt. Gesellschaftliche Teilhabe und Zugehörigkeit dürfen
197 für uns Liberale nicht davon abhängen, wo jemand herkommt, sondern wo jemand hin möchte.
198
199
- 200 • Der Kontakt und Austausch mit Integrationsbeiräten, Migrantenselbstorganisationen
201 sowie Integrationsnetzwerken ist ein wichtiger Grundstein unserer Arbeit. Unser Ansatz
202 ist es, Zugänge zu schaffen, Kontakte zwischen Migranten und der einheimischen Bevölkerung zu fördern und den interkulturellen Austausch zu ermöglichen und zu intensivieren.
203 Die Sprache ist ein wichtiger Bestandteil an der Teilhabe in der Gesellschaft.
204 Der Wille zum Erlernen der Sprache ist der Schlüssel zur Integration.
205
- 206 • Wir fordern eine Anstrengung aus den Gemeinschaften der Migranten, Nachbarschaftskonflikte mit den Einheimischen aktiv zu lösen – Modelle wie etwa die Kiezläufer sind zu unterstützen.
207
208

209 **Gesundheitsversorgung in den Bezirken gewährleisten.**

210 Die Kontrollen in Pflegeeinrichtungen müssen effektiver werden. Bei der Änderung des
211 Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes wurde aus unserer Sicht eine
212 Fehlallokation umfangreicher finanzieller Mittel bewirkt: Statt enorme Beträge in die Kontrolle der Pflegeleistungen zu investieren, wäre es sinnvoller, dieses Geld in die Pflege
213 selbst zu investieren. Denn die Mängel, die in der Pflege festzustellen sind, treten auf,
214 weil zu wenig Geld für eine angemessene Bezahlung von Pflegekräften zur Verfügung
215 steht und sich zu wenige Menschen für diesen Beruf entscheiden. Zudem muss die Art
216 der Kontrollen geändert werden: Es sollte mehr die Qualität der Pflege selbst als die formale Dokumentation kontrolliert werden.
217
218

219 **Gesundheit der Kinder durch bessere Bildungs- und Aufklärungsangebote stärken.**

220 Die gesundheitliche Versorgung und Begleitung der Kinder in Hamburg ist durch überlas-
221 tete Kinderarztpraxen und unterbesetzte schulärztliche Dienste gefährdet. Die Situation
222 verschärft sich durch eine steigende Anzahl von Kindern in unserer Stadt. Prävention
223 muss hingegen früh ansetzen, um gesundheitlichen Fehlentwicklungen zu begegnen.

224 Kinder müssen dabei die Chance erhalten, altersgerecht selbst Wissen über gesundes
225 Verhalten zu erlangen.

226 Bereits im Vorfeld der Schulzeit sollten Angebote entwickelt werden, die Kleinkindern –
227 ähnlich wie bei der Jugendzahnpflege – bereits in Kita oder vergleichbaren Einrichtungen
228 eine allgemeingesundheitliche Frühförderung ermöglichen. Gemäß entsprechender Prä-
229 ventionsprogramme der Krankenkassen sollte ein Modellprojekt im Sinne einer Förder-
230 partnerschaft Kindergesundheit eingerichtet werden.

231 **Stadtteilschulen als regionale Bildungseinrichtungen entwickeln.**

232 Wir Freie Demokraten fordern eine engere Verzahnung zwischen Stadtteilschule und
233 Ausbildungsbetrieben vor Ort. Für eine bessere Vernetzung und Orientierung ist eine
234 stärkere Nutzung bestehender Beratungsmöglichkeiten (zum Beispiel KOMPASS von der
235 Bundesagentur für Arbeit) erforderlich. Neben öffentlichen Stellen muss auch Anbietern
236 von Ausbildungsplätzen stärker die Möglichkeit eingeräumt werden, den Schülerinnen
237 und Schülern ihre Chancen für die Berufswahl aufzuzeigen, zum Beispiel an einem Tag
238 der Wirtschaft in den Bezirken. Bezirkliche Ausbildungsbörsen sehen wir als zusätzliche
239 Chance, die Vernetzung zwischen Schülerinnen und Schülern sowie potentiellen Ausbil-
240 dungsbetrieben zu verbessern. Derartige Börsen bieten auch die Chance, neue Berufs-
241 gruppen, die im Rahmen der Digitalisierung entstehen, stärker in den Fokus der Schulen
242 sowie der Schülerinnen und Schüler zu rücken.

243 Der offene Ganzttag bietet die Möglichkeit, ein qualitativ hochwertiges Nachhilfeprogramm
244 auch unter Berücksichtigung externer Dienstleister zu realisieren. Für ein zielgerichtetes
245 Nachhilfeangebot im schulischen Ganzttag sehen wir Liberale eine große Chance in einer
246 besseren Kooperation mit den unterschiedlichen Nachhilfeträgern im Quartier. Bezirkliche
247 Produktionsschulen sind zu unterstützen.

248 In Zeiten dichter werdender Bebauung und allgemeiner Platzknappheit müssen neue Lö-
249 sungen gefunden werden, den vorhandenen Raum besser zu nutzen. Wir wollen daher
250 bessere Möglichkeiten für Schulen entwickeln, ihre Räumlichkeiten nach Schulschluss für
251 soziokulturelle Bedarfe im Quartier zu öffnen. Schulen stellen schon lange einen Begeg-
252 nungsort unterschiedlichster Kulturen dar und bieten damit Chancen für kulturellen Aus-
253 tausch, beispielsweise durch interkulturelle Treffs und Veranstaltungen.

254 **Bildungseinrichtungen integriert in die Entwicklung neuer Stadtquartiere planen.**

255 Die Bedeutung der Vorschule für den späteren Schulerfolg wird oftmals unterschätzt. Ein
256 qualitativ hochwertiges Vorschulangebot hilft nicht nur, Schülerinnen und Schülern unab-
257 hängig von ihrem Elternhaus gemeinsame Perspektiven zu eröffnen, sondern ist auch ei-
258 ne hervorragende Möglichkeit, konkrete Defizite zum Beispiel im Spracherwerb, auszu-
259 gleichen. Wir Freie Demokraten fordern daher die stärkere Vernetzung von Vorschulan-
260 geboten im Quartier.

261 Bei der Planung neuer Quartiere reicht es nicht mehr, eine Schulklassenplanung zu ver-
262 folgen, die der Bevölkerungsentwicklung hinterherläuft. Daher fordern wir, dass bei allen
263 Maßnahmen der Stadt- und Quartiersentwicklung stärker als bislang der perspektivische
264 Bedarf an Klassenplätzen berücksichtigt wird.

265 Wir erwarten, dass bei der Planung neuer Quartiere nicht nur der Bedarf an schulischer
 266 Bildung betrachtet wird, sondern auch dem Aspekt des lebenslangen Lernens Rechnung
 267 getragen wird. Dies betrifft beispielsweise Volkshochschulen, Einrichtungen der Erwach-
 268 senenbildung, Institutionen der beruflichen Weiterbildung und auch Senioreneinrichtun-
 269 gen.

270 Im Bereich der Kindergarten- und Schulwegeplanung ist darauf hinzuwirken, dass die be-
 271 sonderen Anforderungen, die durch junge Verkehrsteilnehmer (vor allem Fußgänger) ins-
 272 besondere in der Umgebung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen entstehen,
 273 angemessen berücksichtigt werden.

274 Verkehrssicherheit beginnt bei der Planung des Quartiers.

275 **Standorte bestehender Schulen sichern.**

276 Schulen sind Institutionen, die teilweise über Jahrzehnte Quartiere und deren Entwicklun-
 277 gen mitgeprägt haben. Es ist daher sehr genau abzuwägen, seit langem bestehendem
 278 Schulstandorte zugunsten anderweitiger Planungen aufzugeben. Oftmals ist eine Per-
 279 spektive für momentan unterfrequentierte Schulen abzusehen, wenn eine langfristige
 280 Schulentwicklungsplanung zur Grundlage genommen wird.

281 **Kultureinrichtungen in den Stadtteilen und Quartieren stärken.**

282 Kultur findet überall dort statt, wo sich Menschen begegnen und miteinander austauschen
 283 können. Leuchtturmprojekte reichen nicht aus, um das Interesse für Kunst und Kultur zu
 284 fördern. Wir Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, den Charakter Hamburgs als viel-
 285 fältige, lebendige und moderne Metropole durch eine intensiviertere Förderung von Einrich-
 286 tungen der Stadtteilkultur fortzuentwickeln. Dazu gehören Kulturzentren für Jugendliche
 287 und Familien, Geschichtswerkstätten, aber auch freie Gruppen und Initiativen, die zur kul-
 288 turellen Teilhabe einladen. Wir wollen dabei die integrative Kraft jeder Form kultureller
 289 Teilhabe über Generationsgrenzen und gesellschaftliche Gruppen hinweg nutzen. Stadt-
 290 teilkultur erschließt nicht nur neue Publikumsschichten und schafft damit die Zukunfts-
 291 grundlage einer Kulturmetropole. Sie fördert auch die Verortung des Einzelnen in seinem
 292 sozialen Umfeld und damit den sozialen Frieden sowie den Zusammenhalt der städti-
 293 schen Gesellschaft in einer sich stark wandelnden multikulturellen Gesellschaft.

294 Nachhaltige, gesellschaftlich breit verankerte kulturelle Teilhabe soll von Jung auf möglich
 295 sein, denn ihre positiven Impulse fruchten umso mehr, je früher sie erfolgen. Besonders
 296 Kinder und Jugendliche, die sozial, kulturell oder finanziell unterprivilegiert aufwachsen,
 297 sind auf die Angebote der Stadtteilkultur angewiesen. Sie soll den Zugang zu anderen
 298 Kultureinrichtungen eröffnen, wenn dies über Eltern, Freunde und soziale Kontakte nicht
 299 gegeben ist. Wir Freie Demokraten stehen für Chancengerechtigkeit – sie bedeutet kultu-
 300 relle Teilhabe aller Bürger. Wir fordern, dass alle Einrichtungen der vom Senat geförder-
 301 ten Stadtteilkultur barrierefrei erreichbar sein sollen. Die Teilhabeangebote sollten inhalt-
 302 lich vielfältig sein und der kulturellen Vielfalt im Quartier entsprechen, die bereichert und
 303 Chancen eröffnet.

304 Für die Arbeit freier Gruppen (Musik-, Theater-, Kunst- und andere Kulturprojekte) sind
 305 bezahlbare Proberäume bereitzustellen, wozu städtische Immobilien im Übergang zwi-
 306 schen wirtschaftlichen Nutzungsphasen, auch mit kurzer Mietvertragsdauer gut geeignet
 307 sind: Kulturschaffende sind flexibel, solange für die Arbeit, die Kultur ihnen bereitet, Frei-
 308 räume zur Verfügung stehen.

309 **Sport und Bewegung in den Stadtquartieren ermöglichen.**

310 Ein guter Zustand der Sportflächen in Hamburg ist die Voraussetzung für ein qualitativ
 311 hochwertiges Sport- und Bewegungsangebot vor Ort. Die Modernisierung und Instandset-
 312 zung der öffentlichen Sportanlagen wird zentral über das Fachamt Bezirklicher Sportstät-

313 tenbau in Hamburg Mitte koordiniert, das regelmäßig in einem Bauzustandsbericht über
314 den Zustand der Sportflächen berichtet. Wir Liberale fordern, dass alle Anstrengungen
315 unternommen werden müssen, um den durchschnittlichen Zustand der Sportflächen nicht
316 unter 85 Prozent fallen zu lassen und dass mittelfristig ein bezirksübergreifender Mittel-
317 wert von 90 Prozent erreicht wird. Die „Active City“ Hamburg kann sich marode Sportflä-
318 chen nicht erlauben.

319 Aber nicht nur der Sportflächenbestand erfordert unsere Aufmerksamkeit: Auch bei der
320 Planung neuer Quartiere und Stadtteile muss der Sport von Anfang an mitgedacht wer-
321 den. Zum Leidwesen des Sports geht diese Aufgabe in Hamburg in der Vielfalt der Ver-
322 antwortlichkeiten unter – beteiligt sind Sportbehörde, Sportamt, Schulbehörde, Fachamt
323 Bezirklicher Sportstättenbau und Stadtentwicklungsbehörde und niemand reklamiert für
324 sich die finale Zuständigkeit. Die Folgen dieser verfehlten Koordination sind insbesondere
325 in der HafenCity zu sehen. Dieser unhaltbare Zustand muss beendet werden. In einem
326 ersten Schritt fordern wir, dass bei allen neuen Maßnahmen der Quartiersentwicklung der
327 Hamburger Sportbund (HSB) gleichberechtigt zu den Trägern öffentlicher Belange betei-
328 ligt wird. In einem zweiten Schritt muss in Hamburg eine Instanz geschaffen werden, die
329 in allen Bereichen und in jedem Vorhaben die Interessen des Sports verbindlich vertritt.

330 Staatliche Schulsporthallen, die wegen der Aufgabe oder Verlagerung von Schulstandor-
331 ten für den Sportunterricht nicht mehr genutzt werden, sollen unter der Regie der Bezirks-
332 ämter für den Vereinssport erhalten bleiben.

333 Die von Hamburgs Sportvereinen betriebenen Sportanlagen sind Ausdruck einer lebendi-
334 gen Vereins- und Verbandslandschaft und wichtiger Bestandteil des Sportflächenange-
335 bots in unserer Stadt. Vereinseigene Bauvorhaben wollen wir durch finanzielle Förderung
336 sowie die günstige Bereitstellung von Krediten durch die Stadt unterstützen. Neu gegrün-
337 dete Vereine wollen wir dabei unterstützen, schnell und nachhaltig Nutzungszeiten auf
338 Sportflächen zu erlangen.

339 Hierfür ist nicht nur eine insgesamt größere Sportfläche eine Möglichkeit, sondern die in-
340 tensivere Nutzung der bisher vorhandenen Fläche, zum Beispiel durch Kunstrasenplätze,
341 bessere Ausleuchtung von Sportplätzen bei Nacht und Lärmschutzanlagen. Um die in
342 Hamburg insgesamt zur Verfügung stehende Netto-Flächennutzungszeit zu erhöhen, wol-
343 len wir eine bessere Koordinierung beim Ausbau dieser Faktoren durchsetzen. Wir Freie
344 Demokraten fordern, für staatliche Sporthallen Spätnutzungszeiten bis 24.00 Uhr zu er-
345 möglichen.

346 Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Umsetzung der Dekadenstrategie HAM-
347 BURGmachtSPORT und die im Masterplan Active City (MPAC) konkretisierten Vorhaben
348 zur Förderung von Sport und Bewegung in den Stadtquartieren und in öffentlichen Parks.
349 ParkSport als Freiraumkonzept soll im Zusammenhang mit geeigneten städtebaulichen
350 Entwicklungsprojekten berücksichtigt werden.

351 Bis 2025 werden ca. 85 Prozent der europäischen Bevölkerung in Städten leben. Ham-
352 burg, zählt zu den beliebtesten deutschen Metropolen und erwartet in den nächsten Jah-
353 ren einen erheblichen Bevölkerungszuwachs. Um auch weiterhin als besonders lebens-
354 werte Stadt zu gelten, wollen wir Freie Demokraten der zunehmenden baulichen Verdich-
355 tung etwas entgegensetzen. Dabei orientieren wir uns auch an den veränderten Bedürf-
356 nissen der modernen Großstadtbevölkerung in Bezug auf die Gestaltung öffentlicher Frei-
357 räume. Schon heute finden Sport und Bewegung zunehmend informell und selbstorgani-
358 siert auf Grünflächen, Plätzen, Straßen und Wegen statt. Warum gestalten wir also Frei-
359 räume nicht bewusst so, dass gesundheitsfördernde Bewegungsmöglichkeiten für jeden
360 zugänglich in den Alltag integriert werden können?

361 Das für die Internationale Gartenschau in Wilhelmsburg entwickelte ParkSport-Konzept
362 setzt Bewegungsimpulse und führt Menschen aller Altersgruppen an eine regelmäßige

363 körperliche Aktivität heran. ParkSport fördert die Gesundheit und schafft soziale Kontakte,
 364 indem es Begegnung fördert. Die Angebote sind niedrigschwellig und erreichen auch
 365 Menschen, denen der Zugang zum organisierten Vereinssport oft erschwert ist. Auch so-
 366 ziale Einrichtungen wie Kitas, Schulen oder Seniorenwohnheime können von diesen An-
 367 geboten profitieren.

368 Für eine bessere Vernetzung von Landessportamt, Sportabteilungen der Bezirksamter,
 369 Schulen, Kitas und Vereinen setzen wir uns für die Durchführung „Regionaler Sportkonfe-
 370 renzen“, angelehnt an die „Regionalen Bildungskonferenzen“, ein.

371 Eine tragende Säule des Breitensports ist das ehrenamtliche Engagement von Betreuern,
 372 Übungsleitern, Organisatoren, Trainern und Schiedsrichtern wie Ärzten. Oft generatio-
 373 nenübergreifend, haben sich viele Sportbegeisterte in den Vereinen, Clubs und Gemein-
 374 den mit großem Einsatz eingebracht. Leider ist aber zu beobachten, dass sich zuneh-
 375 mend weniger Bürger in diesem Bereich engagieren. Auch für die Übernahme der Ver-
 376 antwortung von organisatorischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen, die im
 377 Rahmen der Vereins-, Turnier- oder Lehrgangsbetreuung anfallen, gibt es heute nur noch
 378 wenig Freiwillige. Wir Freie Demokraten fordern deshalb, das sportliche Ehrenamt in Form
 379 von Ehrungen anzuerkennen und das freiwillige Engagement zu fördern.

380 **2. Sichere Stadt – Sicherheit und Ordnung beginnt im Wohnquartier.**

381 **Dezernate für Ordnung und Bevölkerungsschutz einrichten.**

382 Sicherheit in der Stadt beginnt mit der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im
 383 Wohnquartier. Hierauf wollen wir Freie Demokraten ein besonderes Augenmerk richten.
 384 Als bürgernächste Verwaltungsebene in Hamburg sind die Bezirksamter gefragt, dafür
 385 Sorge zu tragen, dass Ordnung und der Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden.
 386 Wir fordern jeweils die Einrichtung eines Dezernates für Ordnung und Bevölkerungs-
 387 schutz in den sieben Bezirksamtern, das folgende Aufgabenschwerpunkte umfasst:

- 388 • Einrichtung eines zentralen Beschwerdemanagements, das innerhalb kurzer Fristen
 389 verbindliche Rückmeldung bezüglich Bürgeranfragen und -hinweisen (zum Beispiel
 390 über den Melde-Michel) gibt,
- 391 • Wiedereinführung des lokal organisierten Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD), der
 392 für Sicherheit und Sauberkeit auf den Stadtteilplätzen und in den öffentlichen Parkan-
 393 legen sorgt,
- 394 • Übernahme der Aufgaben der Unteren Straßenverkehrsbehörde und der Überwachung
 395 des ruhenden Verkehrs.

396 Das Dezernat soll sich regelmäßig mit der Polizei in Lagebesprechungen abstimmen. Da-
 397 rüber hinaus soll die Arbeit des Dezernates durch einen eigenen bezirklichen Ausschuss
 398 begleitet werden.

399 **Großveranstaltungen in den Bezirken ermöglichen –** 400 **Öffentliche Finanzierung von Sicherheitskosten gewährleisten.**

401 Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist Kernaufgabe des Staates. Für Anti-Terror-
 402 Maßnahmen dürfen die Kosten deshalb nicht auf den Veranstalter umgelegt werden. Dar-
 403 über hinaus ist die Gefahr von Terror-Anschlägen keine, die von den Veranstaltungen di-
 404 rekt ausgeht. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass alle externen Sicherheits-
 405 kosten von der öffentlichen Hand getragen werden.

406 **Opferschutz in den Bezirken stärken.**

407 Jede und jeder kann Opfer einer Straftat werden. Deshalb fordern wir Freie Demokraten
 408 die Einführung eines Opferschutzbeauftragten in jedem Bezirk. Ein Schwerpunkt der Ar-
 409 beit des Opferschutzbeauftragten liegt in der respektvollen Annahme der Situation und
 410 der persönlichen Beratung von Opfern häuslicher Gewalt, Stalking (Nachstellung), Sexu-
 411 aldelikten sowie Gewaltdelikten, insbesondere solchen Straftaten oder Ereignissen, die
 412 ein traumatisierendes Potential in sich tragen. Deshalb brauchen gerade diese Opfer
 413 schnelle Hilfe.

414 Die Verarbeitung von beeinträchtigenden Erlebnissen verläuft in vielen Fällen günstiger,
 415 wenn die Betroffenen über das Erlebte und die damit verbundenen Gefühle sprechen
 416 können. In manchen Fällen kann sich aus einem Gespräch mit dem Opferschutzbeauf-
 417 tragten eine Vermittlung an weitergehende Hilfsangebote, wie zum Beispiel die Opferhil-
 418 feorganisation „Weißer Ring“, eine Fachberatungsstelle oder die Trauma Ambulanz erge-
 419 ben. Eine schnelle Aufnahme in das Netzwerk der spezifischen Hilfsangebote durch den
 420 Opferschutzbeauftragten unterstützt das Opfer beim weiteren Umgang mit dieser belas-
 421 tenden Situation. Die Bezirksämter müssen sicherstellen, dass die Opferschutzbeauftrag-
 422 ten niedrigschwellig erreichbar ist.

423 **3. Wachsender Verkehr – Hamburg braucht eine Mobilitätsoffensive.**

424 Mobilität ist Freiheit. Wir Freie Demokraten setzen auf eine Verkehrspolitik, die persönli-
 425 che Vorlieben berücksichtigt, vielfältige Mobilitätsangebote schafft und unterschiedliche
 426 Interessen der Verkehrsteilnehmer ausgleicht. Durch Zuverlässigkeit, Sicherheit und op-
 427 timiertes Verkehrsmanagement wollen wir dafür sorgen, dass gegenseitige Behinderun-
 428 gen von motorisiertem Verkehr, Fahrradverkehr, ÖPNV und Fußgängern minimiert wer-
 429 den. Denn der öffentliche Raum steht allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung.

430 Allen Hamburgern soll ermöglicht werden, mit öffentlichen Verkehrsmitteln die zentralen
 431 Verkehrsknotenpunkte und ihren Arbeitsplatz mindestens so schnell zu erreichen wie mit
 432 dem Auto. Dies erfordert den massiven Ausbau des Schienennetzes und kreative Lösun-
 433 gen, um den Weg von Tür zu S- oder U-Bahnstation schnell und komfortabel zu gestalten.
 434 Damit wäre der ÖPNV eine echte Alternative für den Autoverkehr.

435 Eine moderne städtische Verkehrspolitik muss Verkehrsmittel unterstützen, die sowohl in
 436 Produktion, als auch bei Entsorgung und Betrieb umweltfreundlich und emissionsarm
 437 sind. Strikte Verbote bestimmter Technologien lehnen wir Freie Demokraten ab. Vielmehr
 438 fordern wir, dass die Stadt Anreize für den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel
 439 setzt.

440 Aufgrund des wachsenden Verkehrs in der Metropolregion Hamburg ist eine umfassende
 441 Mobilitätsstrategie zu entwickeln, die alle Verkehrsträger umfasst und smarte Technolo-
 442 gien nutzt.

443 **Den Öffentlichen Personen-Nahverkehr konsequent erweitern.**

444 Ein attraktives ÖPNV-Angebot ist unverzichtbarer Bestandteil einer Millionenmetropole
 445 und schafft eine nachhaltige Mobilität. Unser Ziel ist, das zukünftige Verkehrswachstum in
 446 hohem Maße durch einen eng getakteten und verlässlichen ÖPNV zu bewältigen. Hierzu
 447 gehören saubere Bahnhöfe und Verkehrsmittel, mit denen die Menschen gerne fahren.
 448 Der schienengebundene ÖPNV in der Stadt und in der Metropole soll wie folgt ausgebaut
 449 werden:

- 450 • Weiterführung der U4 in Richtung Süden, Ergänzung der U2 nach Norden und nach
- 451 Bergedorf sowie die Planung der U5 als Ringlinie, um bisher nicht erschlossene Stadt-
- 452 teile anzubinden,

- 453 • Ergänzung des S-Bahnnetzes durch die S4 sowie Ausfädelung der S-Bahn in Richtung
454 Altona und Lurup Osdorf,
- 455 • eine weitere Elbquerung mit einem zusätzlichen Elbtunnel für S-Bahnen von Altona via
456 Cruise Centers Altona und Steinwerder sowie Einbindung in die Planung der neuen
457 Köhlbrandquerung.

458 Der HVV ist durch folgende Maßnahmen zu modernisieren:

- 459 • Schaffung eines Norddeutschen Verkehrsverbundes (von Flensburg bis Hannover).
- 460 • Verdichtung der Taktung und durchgängiger Verkehr zu allen Tages- und Nachtzeiten.
- 461 • Für Pendler sind bedarfsgerecht P+R Parkplätze auch im Umland zu schaffen. Park-
462 gebühren für P+R Parkplätze sollten abgeschafft oder in voller Höhe mit Tickets für
463 den ÖPNV verrechnet werden. Beispielsweise könnte ein P+R Tagesticket als HVV-
464 Tagesticket anerkannt werden. An Haltestellen im Umland müssen attraktive Zubrin-
465 gerlösungen wie Carsharing bereitgestellt werden, um weniger dicht besiedelte Gebie-
466 te gut an den ÖPNV anzubinden.
- 467 • Flächendeckendes WLAN im ganzen ÖPNV-Netz muss zum Standard werden, damit
468 die Menschen die Zeit aktiv nutzen können. Der LTE-Mobilfunkstandard sollte im ge-
469 samten Stadtgebiet nutzbar sein.
- 470 • Wir fordern digitale Barrierefreiheit auch für ältere Menschen. Dienste, die aktuell nur
471 per App möglich sind, sollten in Zukunft auch telefonisch gebucht werden können.
- 472 • Tarif- und Ticket-System müssen intuitiver bedienbar werden. Tarifzonen müssen an
473 Querverkehre angepasst und ein flächendeckendes smartes E-Ticketing nach dem
474 Vorbild internationaler Metropolen eingeführt werden.

475 **Fahrradverkehr ausbauen.**

476 Wir Freie Demokraten setzen uns für folgende vordringliche Maßnahmen zum Ausbau
477 des Fahrradverkehrs ein:

- 478 • Die Hamburger Velorouten sollen beschleunigt und sicher ausgebaut werden. Die
479 Radwege sind verlässlich zu sanieren.
- 480 • Fahrradwege sollen vorrangig geschützt zwischen Parkstreifen und Fußwegen ent-
481 langgeführt werden.
- 482 • Nach vorn versetzte Ampeln für Radfahrer an unübersichtlichen Kreuzungen können
483 eine Option zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sein.
- 484 • An den S- und U-Bahnhöfen wollen wir Fahrradgaragen einrichten, die ohne vorherige
485 Buchung nutzbar sein sollen. An geeigneten Plätzen können die Abstellanlagen auch
486 unterirdisch errichtet werden.
- 487 • In den Hamburger S-Bahnen sollen Fahrradwagons eingerichtet werden.

488 **Autoverkehr muss fließen.**

489 Wir Freie Demokraten setzen uns für den nachhaltigen Erhalt des Hamburger Straßen-
490 netzes und die Beseitigung von Staus ein:

- 491 • Durch ein zentrales Baustellenmanagement, das alle Akteure einbindet, sollen Bauvor-
492 haben zielgerichtet geplant und so durchgeführt werden, dass der Verkehrsfluss ge-
493 währleistet ist. Straßenschäden (Schlaglöcher) sollen mittels einer Hotline gemeldet
494 und zeitnah beseitigt werden.
- 495 • Baustellen müssen örtlich, zeitlich und hinsichtlich der Verkehrsführung so geplant
496 werden, dass sie die Mobilität der Menschen möglichst wenig beschränken.

497 • Verträge für die Durchführung von Baustellen sollen so geschlossen werden, dass sie
498 Anreize für Beschleunigungen und Sanktionsmöglichkeiten für Verzögerungen er-
499 möglichen. Hierbei ist regelmäßig auf Mehr- und Wochenendschichten zu setzen.

500 • Wir positionieren uns klar gegen Fahrverbote. Stickoxidbelastungen können durch in-
501 telligente Verkehrslenkung, grüne Wellen und städtebauliche Maßnahmen gesenkt
502 werden.

503 • Wir lehnen die Ausweitung von Tempo-30-Zonen auf Hauptstraßen ab.

504 • Wir wollen ein Anwohnerparken einführen, das den Bedürfnissen von Anwohnern, Ge-
505 werbetreibenden und Tagesgästen gleichermaßen gerecht wird.

506 • Angebote für das Carsharing sollen über den Ring 2 hinaus in die Stadtteilrandlagen
507 ausgedehnt werden.

508 **Wirtschaftsverkehr gewährleisten.**

509 Neben dem Individualverkehr muss auch der Lieferverkehr mitgedacht werden. Folgende
510 Maßnahmen sind vordringlich:

511 • Einrichtung von Haltezonen für den Lieferverkehr an Hauptstraßen.

512 • Einbeziehung der Wasserstraßen.

513 • Freigabe von Busspuren für den Lieferverkehr soll mit dem Ziel geprüft werden, eine
514 effektive Verkehrsentslastung zu erzielen.

515 • Obligatorische Ausrüstung von LKWs mit Einrichtungen zur Vermeidung von Abbie-
516 geunfällen.

517 **4. Chancen für Arbeitsplätze vor Ort –** 518 **Lokale Wirtschaft in den Bezirken stärken.**

519 **Wirtschaftsförderung in den Bezirken ausbauen.**

520 Die Wirtschaftsförderung in der übergeordneten Behörde für Wirtschaft, Verkehr und In-
521 novation und in den Bezirken sollte idealerweise zentrale Anlaufstelle für interessierte Un-
522 ternehmen sein. Sie muss den Gesamtbereich der Wirtschaft im Blick haben, dazu gehö-
523 ren Produktionsbetriebe, Logistikunternehmen, Dienstleistungsunternehmen, Handwerk,
524 Handel und Tourismus. Davon sind Hamburg und die Bezirke noch weit entfernt. Die be-
525 zirkliche Wirtschaftsförderung fristet ein Schattendasein. Der Anspruch eines One-Stop-
526 Shops für interessierte Unternehmen wird aufgrund der geringen Personalausstattung
527 und der mangelnden Kommunikation zwischen der Fachbehörde und den Bezirksämtern
528 nicht erfüllt.

529 Hamburg verliert bei vielen Projekten gegenüber Schleswig-Holstein, weil eine Beratung
530 und Bereitstellung von Flächen sowie die Erteilung von Genehmigungen zu lange dauern.

531 Wir Freie Demokraten fordern:

532 • Die Wirtschaftsförderung muss ein klares Leitbild für die wirtschaftliche Entwicklung im
533 Bezirk entwickeln.

534 • Sie ist in den Bezirken ist personell so auszustatten, dass eine kompetente und zeitna-
535 he Bearbeitung der Aufgaben möglich ist.

536 Dazu gehören:

537 • die Beratung interessierter Unternehmen und die Ansiedlung.

- 538 • die Abstimmung der bezirklichen Interessen und Anforderungen mit den Vorhaben.
- 539 • die Vernetzung mit Universitäten, Hochschulen und der Handelskammer.
- 540 • das Management von Business Improvement Districts (BID).
- 541 • eine ausreichende Ausweisung und Sicherung von Gewerbeflächen entsprechend den
- 542 unterschiedlichen Anforderungen der Branchen. Einhergehend mit dem Wachstum der
- 543 Stadt wird auch die Nachfrage nach Arbeitsplätzen in Hamburg wachsen. Das erfordert
- 544 eine entsprechende Ausweisung zusätzlicher Gewerbegebiete sowie neue Formen der
- 545 Mischung von Gewerbe und Wohnen.

546 **Den örtlichen Handel stärken.**

547 Zu einem lebenswerten und attraktiven Stadtteil gehört ein florierender Einzelhandel mit
 548 diversen Angeboten und Einzelhandelsformaten. Durch den zunehmenden Online-Handel
 549 befindet sich der stationäre Einzelhandel unter Druck. Insbesondere inhabergeführte Ein-
 550 zelstandorte mit lokalen Angeboten ziehen sich zurück. Die Bezirksverwaltungen müssen
 551 den Einzelhandel in den Quartieren unterstützen.

552 Wir Freie Demokraten fordern:

- 553 • BIDs sollen eingerichtet werden, wenn dadurch privatwirtschaftliches und nachbar-
 554 schaftliches Engagement vor Ort gefördert wird. BIDs dürfen aber nicht dazu führen,
 555 dass die Finanzierung staatlicher Aufgaben und Grundversorgung ganz oder teilweise
 556 an die Privatwirtschaft abgeschoben wird.
- 557 • Die bezirkliche Wirtschaftsförderung muss in Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel
 558 und der Handelskammer Konzepte zur Steigerung der Attraktivität erarbeiten.
- 559 • Die Koordination der Angebote im Handel, in der Gastronomie und im Tourismus sind
 560 abzustimmen. Wir setzen dabei auf die Selbstorganisation der Gewerbetreibenden in
 561 Interessengemeinschaften vor Ort.
- 562 • Diese lokalen Initiativen sollen von der bezirklichen Wirtschaftsförderung unterstützt
 563 und moderiert werden. Diese Unterstützung muss dabei auf Dauer angelegt sein und
 564 nicht wie heute in Einzelprojekten, die schon nach kurzer Zeit wieder auslaufen.
- 565 • Die Bezirksverwaltung muss für die großzügige Genehmigung von Außenaktivitäten
 566 und -gastronomie eintreten, um die Kundenfrequenz in den Einzelhandelslagen zu
 567 steigern. Eine höhere Attraktivität für den lokalen Handel hängt auch von einer Durch-
 568 Mischung von Straßen und Quartieren für mehr Erlebniskultur vor Ort ab.
- 569 • Gute Verkehrsanbindungen, Transportmöglichkeiten und Parkplätze müssen ebenfalls
 570 in den Hamburger Bezirken sichergestellt sein.
- 571 • Die Öffnungszeiten der stationären Geschäfte sind mit den bezirklichen Veranstal-
 572 tungsangeboten wie zum Beispiel Stadtteilstädte, Musikveranstaltungen, Sportevents
 573 oder Weihnachtsmärkte abzustimmen. Insofern lehnen wir die in Hamburg einheitlich
 574 geregelte Sonntagsöffnung ab. Diese Regelung ist in die Kompetenz der Bezirke zu
 575 legen.
- 576 • Die Bezirke müssen ein Konzept zur Belebung der öffentlichen Plätze und damit zur
 577 Förderung des örtlichen Handels und der Gastronomie erarbeiten.
- 578 • In den Bezirken ist ein Stadtteilmarketing zu etablieren, das die Angebote des Handels,
 579 der Gastronomie, der Hotellerie und des Tourismus im Blick hat und koordiniert.
- 580 • Eine wichtige Rolle in den Quartieren spielen Wochenmärkte mit ihren häufig lokalen
 581 Angeboten. Hier gilt es für die Bezirksverwaltungen, die vereinnahmten Standgebühren
 582 vollständig in die Erhaltung und Verbesserung der Wochenmarktplätze und deren In-
 583 frastruktur einzusetzen. Für die gute Erreichbarkeit ist ein ausreichendes Parkplatzan-
 584 gebot bereitzustellen.

585 **Das örtliche Handwerk stärken.**

586 Das Handwerk ist in Hamburg ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. 15.000 Hamburger
587 Handwerksbetriebe mit über 120.000 Beschäftigten erwirtschaften einen Umsatz von ca.
588 12 Milliarden Euro und tragen damit in hohem Maße zum Wohlergehen der Stadt bei.
589 Auch im Handwerk ist die Digitalisierung vieler Prozesse eine alltägliche Selbstverständ-
590 lichkeit geworden. Deshalb muss auch dort die Kommunikation mit der öffentlichen Ver-
591 waltung in den Bezirksämtern und Servicecentern genauso einfach und selbstverständlich
592 sein, wie dies in anderen Bereichen des Wirtschaftslebens heute bereits der Fall ist.

593 Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, dass:

- 594 • die heute angebotenen Dienste und Verwaltungsvorgänge in den Servicecentern und
595 Einrichtungen der Bezirke in allen Fällen auch online für die Handwerksfirmen angebo-
596 ten werden. Beispiele: Genehmigungen für Grabungen, Sondergenehmigungen für
597 Parken, Genehmigungen für Nutzung von öffentlichem Grund.
- 598 • ein Vorinformationssystem zu Baustellen als einheitliches Portal eingerichtet wird, das
599 die verschiedenen vorhandenen Daten- und Informationsquellen der Stadt und der Be-
600 zirke zusammenfasst.
- 601 • die Bezirksämter, die Fachbehörden, die öffentlichen Versorgungsunternehmen wie
602 HamburgWasser, Stromnetz Hamburg auf einer einheitlichen Plattform rechtzeitig und
603 umfassend alle Informationen über geplante und aktuelle Baustellen bereitstellen, da-
604 mit sich die Handwerksbetriebe und Gewerbetreibenden, die Inhaber von Geschäften
605 und Lokalen, aber auch interessierte Bürger über die Auswirkungen informieren und in
606 ihren Entscheidungen darauf einstellen können.
- 607 • die Bezirke und das Land Hamburg Flächen bereitstellen, die von Unternehmen des
608 Handwerks für Ansiedlung und Wachstum nachfragt werden.
- 609 • Bezirke die Etablierung von privaten Gewerbehöfen bei einer Nachfrage seitens der
610 Handwerksbetriebe im Rahmen des baurechtlichen Genehmigungsverfahrens positiv
611 begleiten. Gewerbehöfe sollten von privaten Investoren entwickelt und bewirtschaftet
612 werden.
- 613 • Vorschriften für Handwerk und Handel auf ihre Wirksamkeit nach einigen Jahren ge-
614 prüft werden beziehungsweise ein Auslaufen automatisch erfolgt (Verfallsdatum).

615 **Regionale Landwirtschaft erhalten.**

616 Einer Großstadtmetropole eine gesunde frische Versorgung zu garantieren, verlangt die
617 Produktion von Gemüse, Obst und Blumen aus der unmittelbaren Region und die kurze
618 Anlieferung in die Region. Hamburg muss bei aller Bautätigkeit die wirtschaftlichen Flä-
619 chen der Agrarbetriebe im direkten Umfeld erhalten. Die durch vielfältige Eingriffe in die
620 Natur notwendigen Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht nur zu Lasten der Landwirte in
621 Hamburg realisiert werden.

622 **Tourismuskonzepte für die Bezirke entwickeln.**

623 Hamburg ist eine Metropole für den internationalen Tourismus. Davon profitiert die Stadt.
624 Die Bezirke profitieren hingegen zu wenig. Alster, „Elphi“, Hafen und Reeperbahn sind
625 wunderbare Ziele. Hamburg hat vor Ort aber noch viel mehr zu bieten.

626 Wir Freie Demokraten verlangen:

- 627 • Wirtschafts- und Kulturbehörde müssen zusammen mit den Bezirken ein Konzept zur
628 besseren Integration und Präsentation der Hamburger Bezirke im nationalen und inter-
629 nationalen Tourismusmarketing Hamburgs erarbeiten. Diese Integration muss auf eine
630 kontinuierliche Basis gestellt werden und sollte keine einmalige Aktion bleiben.

- 631 • Die vielfältigen Kulturaktivitäten in den Bezirken müssen stärker auch in das Touris-
632 musmarketing Hamburgs einbezogen werden.
- 633 • Auf den Webseiten Hamburgs und von Hamburg Tourismus sollte eine einheitliche
634 Oberfläche für Nutzer geboten werden, die einfach und mit hoher Usability alle Events
635 und Veranstaltungen in Hamburgs Bezirken und Kreisen darstellt.
- 636 • Großevents, die auch immer als Touristenmagneten dienen, sollten vermehrt über die
637 Bezirke verteilt werden. Die Hamburger Innenstadt rund um die Alster ist eine schöne,
638 aber nicht die einzige attraktive „Location“ für Veranstaltungen in Hamburg.
- 639 • Restriktionen und Vorschriften für die Nutzung von Außenflächen für die Hamburger
640 Gastronomie müssen dringend überprüft und Überregulierungen aufgehoben werden.
641 Nur wenn die Quartiere attraktive Gastronomie und Handel bieten, werden sie auch
642 vermehrt Touristen anziehen.

643 **5. Angemessene Finanzierung der Bezirke sichern.**

644 **Haushaltsrecht der Bezirke modernisieren.**

645 Wir Freie Demokraten wollen den Freiraum der Bezirke im Haushaltsrecht erweitern. Die
646 Bezirksversammlungen erhalten somit mehr Spielraum bei der Aufstellung und Durchfüh-
647 rung der bezirklichen Haushaltspläne. Im Rahmen der vom Senat festgelegten Eckwerte
648 des Haushaltsplans erhalten die Bezirke bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne weitge-
649 hende Gestaltungsfreiheit, um Schwerpunkte für die Wahrnehmung ihrer gesetzlichen
650 Aufgaben zu bilden.

651 **Auskömmliche Finanzierung und effiziente Kostenkontrolle gewährleisten.**

652 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung bezirklicher Auf-
653 gaben und eine effiziente Kostenkontrolle der Bezirke ein. Die Verantwortung für die Auf-
654 gabenwahrnehmung und die Finanzierung gehören in die Hand der Bezirksamtsleitungen.
655 Die für die Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Haushaltsmittel sollen direkt in den be-
656 zirklichen Einzelplänen veranschlagt werden.

657 Soweit Zuweisungen aus den Einzelplänen der Fachbehörden an die Bezirke darüber
658 hinaus erforderlich sind, sollen die damit verbundenen Eingriffsregelungen sowie die Be-
659 grenzung von Deckungsfähigkeiten und Übertragbarkeiten weitgehend aufgehoben wer-
660 den. Auch für die Bezirkshaushalte muss das Bestellerprinzip gelten. Für jede neue an die
661 Bezirke übertragene Aufgabe muss der Finanzrahmen entsprechend ausgeweitet werden.

662 Wir werden die bestehenden Aufgaben sowie die Organisation der Bezirksverwaltung und
663 des Zentralamtes in der Finanzbehörde kritisch hinterfragen. Unser Ziel ist es, die Be-
664 zirksverwaltung von nicht notwendigen Aufgaben und Bürokratie zu entlasten. Wir fordern
665 die Installation einer effizienten Kostenkontrolle und die Begrenzung der Personalausga-
666 ben.

667 **Anreizmodelle für eigene Einnahmen entwickeln.**

668 Wir Freie Demokraten wollen mehr Anreize für die Bezirke schaffen, damit sie eigene
669 Einnahmen durch den Erfolg ihres Verwaltungshandelns erzielen können. Wir schlagen
670 vor, dass fünf Prozent des in Hamburg erzielten Gewerbesteueraufkommens den Bezir-
671 ken für einen Verfügungsfonds verbleiben, damit die Bezirksversammlungen eigene
672 Schwerpunkte setzen können.

673 Zur Erfüllung der Aufgaben der Bezirke wollen die Freien Demokraten das bisherige
674 Haushaltssystem optimieren und den Bezirken eine tatsächliche Finanzhoheit ermögli-
675 chen.

676 **Die Bezirke fit für Europa machen.**

677 Eine Recherche bei den Bezirksamtern hat ergeben, dass es in Hamburg kaum bedeut-
678 same kommunale Projekte gibt, die von der Europäischen Gemeinschaft mitfinanziert
679 werden. Es fehlt den Bezirksverwaltungen an Kapazitäten und Know-how zur Mitteler-
680 schließung. So bleibt manche budgetentlastende Chance auf der Strecke.

681 Wir Freie Demokraten fordern:

- 682 • eine bessere Ausschöpfung europäischer Fördermittel durch die Bezirksamter, um ei-
683 gene Leuchtturmprojekte zu verwirklichen und den Budgetdruck zu vermindern.
- 684 • die Qualifizierung der bezirklichen Haushaltsabteilungen für den Bereich der EU-
685 Förderangebote sowie zur Identifizierung geeigneter Projekte.

686 **Metropolengerechte Reform der Grundsteuer erreichen.**

687 Eine wesentliche Standortbedingung für die Schaffung von Wohnraum und die Ansied-
688 lung von Unternehmen ist die bundesrechtliche Gestaltung der Grundsteuer.

689 Wir Freie Demokraten fordern, die derzeit bestehende Grundsteuer an die wirtschaftlichen
690 Realitäten anzupassen und dadurch eine verfassungsgemäße Besteuerung des Grund-
691 besitzes herbeizuführen. Wir Freie Demokraten schlagen zur stärkeren Vereinfachung
692 und Zielgenauigkeit vor, die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer neu zu regeln:

- 693 • Die Reform der Grundsteuer soll nicht zu einer Erhöhung des Gesamtaufkommens
694 führen.
- 695 • Die Grundsteuer bleibt eine kommunale Steuer mit einem nach Nutzungsarten diffe-
696 renzierten Hebesatzrecht der Kommunen. Der Bund überlässt dabei den Ländern die
697 Festlegung der Höhe der Nutzungswerte zur Bestimmung der Steuerbemessungs-
698 grundlage.
- 699 • Die Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer soll neu gefasst werden. Die Parame-
700 ter für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage sind ausnahmslos die maßgebende
701 Grundstücksfläche und die Fläche der darauf stehenden Gebäude sowie die Nut-
702 zungsart. Das neue Grundsteuergesetz soll den Ländern ermöglichen, die Nutzungs-
703 werte für folgende Grundbesitzarten festzulegen:
 - 704 – landwirtschaftliche Grundstücke,
 - 705 – forstwirtschaftliche Grundstücke,
 - 706 – unbebaute Grundstücke,
 - 707 – Grundstücke mit Wohngebäuden,
 - 708 – Grundstücke mit Gewerbebauten,
 - 709 – Grundstücke mit Industriebauten.

710 Im Rahmen des Hebesatzrechtes können die Kommunen für sämtliche Grundbesitzar-
711 ten die besonderen Verhältnisse vor Ort und die Nutzung der Liegenschaften berück-
712 sichtigen.

- 713 • Die Einbeziehung der Grundsteuereinnahmen in den Länderfinanzausgleich ist so zu
714 gestalten, dass bei der Umsetzung der Maßgabe der Aufkommensneutralität keine er-
715 heblichen Mehrbelastungen einzelner Länder, insbesondere der Stadtstaaten, und kei-
716 ne Anreizwirkung für eine Steuererhöhungsspirale entstehen.

717 **6. Chancen für Demokratie –**
 718 **Mehr Rechte und Verantwortung für die Bezirke in Hamburg.**

719 **Bürgerbeteiligung vor Ort stärken.**

720 Für uns Freie Demokraten lebt die liberale Demokratie von engagierten Bürgerinnen und
 721 Bürgern, die mitbestimmen können. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen heißt demo-
 722 kratische Mitbestimmung ergänzend zur repräsentativen Demokratie. Unsere Stadt
 723 braucht engagierte und mutige Bürger, die jenseits der Teilnahme an Wahlen Verantwor-
 724 tung übernehmen. Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform, indem wir ehren-
 725 amtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell mo-
 726 derierter Bürgerbeteiligung sowie den Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie
 727 bezirklicher Ebene unterstützen.

728 Für Liberale ist bürgerschaftliches Engagement Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur.
 729 Bürgerschaftliches Engagement braucht den ermöglichenden, nicht den gewährenden
 730 Staat. Ziel der Freien Demokraten ist die Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliche
 731 Organisationen. Hürden, wie die verschuldensunabhängige Haftung ehrenamtlich tätiger
 732 Vereinsvorstände, sind abzubauen.

733 Wir Freie Demokraten wollen neue innovative Ansätze des bürgerschaftlichen Engage-
 734 ments fördern. Hierzu gehört eine das Engagement unterstützende Infrastruktur wie Frei-
 735 willigenagenturen und Seniorenbüros. Regelmäßig ehrenamtlich tätige Bürger sollen Zer-
 736 tifikate erhalten. Diese sollen bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst und bei Beför-
 737 derung sowie in der Schule bei Zeugnissen berücksichtigt werden. Für Initiativen und bür-
 738 gerschaftliches Engagement setzen wir uns für die Schaffung von Räumen zur kosten-
 739 freien Nutzung ein.

740 **Bürgerentscheide reformieren.**

741 Wir Freie Demokraten wollen, dass Bürgerentscheide eine rechtliche Bindung haben. Um
 742 diese rechtliche Bindung zu legitimieren, ist ein Beteiligungsquorum von 20 Prozent der
 743 Stimmberechtigten notwendig. Ferner sollen die Bürgerentscheide nicht über die Kompe-
 744 tenz der Bezirksversammlung hinaus gehen. Weiterhin setzen sich die Freien Demokra-
 745 ten für eine Vereinheitlichung für Bürgerbegehren in den Bezirken von zwei Prozent der
 746 stimmberechtigten Bürger ein.

747 Die Bezirksversammlung mit ihren Ausschüssen ist das bürgernächste Organ und der Ort
 748 für die Entwicklung von Lösungen für die Probleme vor Ort. Deshalb wollen wir die Mitwir-
 749 kungsmöglichkeiten der Bürger nicht nur auf eine aktuelle Stunde beschränken, sondern
 750 den Bürgern ein Antragsrecht für die Bezirksversammlung ab 250 Unterschriften geben.
 751 Zudem setzen wir uns für die Schaffung eines bezirklichen Petitionsausschusses ein.

752 **Stadtteilbeiräte erhalten.**

753 Gerade die kontinuierliche Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Ent-
 754 scheidungen in Stadtteilbeiräten ist eine unverzichtbare Ergänzung zur Arbeit der gewähl-
 755 ten Bezirkspolitiker in den Ausschüssen. Vor diesem Hintergrund setzen sich die Freien
 756 Demokraten dafür ein, dass an dieser Bürgerbeteiligung auch zukünftig festgehalten wird.
 757 Andere Beteiligungsstrukturen wie offene Veranstaltungsreihen oder Workshops können
 758 eine sinnvolle Ergänzung sein, die auch von ihrer Kontinuität geprägte Beiratsarbeit je-
 759 doch nicht ersetzen. In den Stadtteilbeiräten soll der Anteil der Bewohner mindestens 51
 760 Prozent betragen. Die dauerhafte Finanzierung der Stadtteilbeiräte soll durch Quartiers-
 761 fonds gewährleistet werden.

762 **Bezirksversammlungen und Bezirksamtsleitungen stärken.**

763 Die Wählerinnen und Wähler haben den gewählten Bezirksabgeordneten den Auftrag zur
764 Mitentscheidung und Kontrolle ohne Einschränkungen erteilt. Die Einschränkungen nach
765 dem Bezirksverwaltungsgesetz führen jedoch dazu, dass viele gewählte Bezirksabgeord-
766 nete über kein Stimmrecht in den Fachausschüssen verfügen und damit gegenüber von
767 den Fraktionen zubenannten Bürgern benachteiligt sind.

768 Deshalb setzen sich die Freien Demokraten dafür ein, dass eine Fraktion bereits ab zwei
769 Mitgliedern gebildet werden und so in allen Fachausschüssen mitwirken kann. Jeder ein-
770 zelnge Abgeordnete soll zudem das Recht erhalten, Anfragen an die Behörden in Bezirks-
771 angelegenheiten zu stellen.

772 Die Bezirksversammlungen sollen die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des Ju-
773 gendhilfeausschusses so bestimmen, dass alle in der Bezirksversammlung vertretenen
774 Fraktionen mit mindestens einem Sitz vertreten sind.

775 Des Weiteren fordern wir Freie Demokraten eine Ausweitung der Informationspflichten
776 des Senats gegenüber den Bezirken. Die Bezirksamtsleiter sollen in ihrer Rolle gestärkt
777 werden und direktes Vortragsrecht im Senat zu Angelegenheiten, die ihren Bezirk betref-
778 fen, erhalten.

779 **Dienstleistungsangebote für Bürger und Unternehmen verbessern.**

780 Wir Freie Demokraten sehen das Angebot staatlicher bürgernaher Dienst- und Service-
781 leistungen als gesamtstädtische Herausforderung und Aufgabe sowie die Möglichkeiten
782 der Digitalisierung als Chance an. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bürgerservice-
783 Dezernate der sieben Bezirksämter, die sich jeweils in das Fachamt Einwohnerwesen mit
784 den dazugehörigen Kundenzentren sowie das Fachamt für Personenstandswesen
785 (Standesämter) gliedern, in einer Organisationseinheit Bürgerservice zusammenzufassen.

786 Der beim Bezirksamt Wandsbek organisatorisch angegliederte Telefonische HamburgSer-
787 vice ist in die Organisationseinheit Bürgerservice zu integrieren. Zudem ist zu prüfen, ob
788 weitere geeignete Dienstleistungsangebote in diese Serviceeinheit überführt werden kön-
789 nen.

790 Bezüglich der Ansiedlung, Schließung oder wesentlichen Veränderung von lokalen Kun-
791 denzentren ist die jeweils örtlich zuständige Bezirksversammlung vor Entscheidungen an-
792 zuhören. Die Bezirksämter sollen sich auf ihre originären Aufgaben konzentrieren und
793 weiterhin für die Themen Soziales, Jugend und Gesundheit, bei denen sozialräumliche
794 Expertise vor Ort wichtig ist, sowie die Themen Wirtschaft, Bauen und Umwelt, bei denen
795 die Bezirksversammlungen politische Gestaltungsspielräume haben, zuständig sein.

796 Englisch soll als weitere Verkehrssprache in allen Hamburger Behörden und öffentlichen
797 Unternehmen eingeführt werden.

798 **Digitale Strategie für bürgernahe Dienstleistungen der Verwaltung entwickeln.**

799 Die Menschen in Hamburg sind es heute in ihrem Alltag gewohnt, digital zu kommunizie-
800 ren, einzukaufen, zu bezahlen, zu lernen und zu arbeiten. Auch die öffentliche Verwaltung
801 in den Bezirksämtern und Servicecentern muss aus Sicht der Freien Demokraten genau-
802 so digital und einfach sein wie die Lebenswirklichkeit der Hamburgerinnen und Hambur-
803 ger.

804 Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, dass:

- 805 • alle heute analog angebotenen Dienste und Verwaltungsvorgänge in den Servicecen-
806 tern und Einrichtungen der Bezirke zusätzlich online für die Hamburgerinnen und
807 Hamburger angeboten und gewährleistet werden.

- 808 Beispiele:
- 809 - Einsichtnahme in Bauprüfakten für eigene Bauvorhaben
- 810 - Beantragung von Baumfällgenehmigungen
- 811 - Bearbeitung des eigenen Wohngeldantrags
- 812 • die digitalen Angebote der Bezirke so gestaltet werden, dass sie die Teilhabe vieler
- 813 Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Dazu gehören
- 814 - eine einfache und intuitiv zu benutzende Oberfläche mit einfacher Sprache
- 815 - barrierefreie Gestaltung
- 816 - Mehrsprachigkeit
- 817 - responsives Design (optimiertes Layout jeweils für Smartphones, Tablets, Desk-
- 818 tops)
- 819 - eine einmalige und einfache Registrierung für alle relevanten Verfahren und
- 820 Services
- 821 • die Bezirksämter Online-Tutorials als Hilfestellung für die Benutzung der E-Govern-
- 822 ment- und digitalen Service-Angebote zur Verfügung stellen. Zudem soll ein tele-
- 823 fonischer Helpdesk eingerichtet werden, der die Bürger bei individuellen Problemen
- 824 unterstützt.
- 825 • die Bezirksämter ihre inneren Verwaltungsstrukturen und Geschäftsprozesse konse-
- 826 quent digitalisieren und die bisherige Formular- und Papierwirtschaft dadurch mittelfris-
- 827 tig ablösen. Dazu gehört auch, dass die Mitarbeiter der Verwaltung befähigt und ge-
- 828 schult werden im Umgang mit den entsprechenden digitalen Systemen. Dies gilt insbe-
- 829 sondere für den gesamten Bereich der Baugenehmigungen, deren überlange Bearbei-
- 830 tungszeiten von im Durchschnitt sechs bis zwölf Monaten sich als zunehmendes
- 831 Hemmnis herausstellen.
- 832 • die öffentliche Verwaltung Technologien und Systeme nutzt, die sich bereits am Markt
- 833 etabliert haben sowie verlässlich und sicher sind.
- 834 • die Bezirke wie auch die Hansestadt Hamburg sicherstellen, dass die Daten der Bürger
- 835 und die digitale Infrastruktur sicher verschlüsselt werden.

Betr.:

Einschulungen in Hamburg regelhaft am Sonnabend durchführen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hamburg befürwortet, den Tag der Einschulung in Hamburg zukünftig
- 2 regelhaft an einem Sonnabend stattfinden zu lassen. Die FDP-Fraktion in der
- 3 Hamburgischen Bürgerschaft wird gebeten, sich hierfür einzusetzen.

4

5 **Begründung**

- 6 Für viele Familienmitglieder, Freunde und Angehörige stellt der bisherige Einschulungstermin an einem Dienstag eine Herausforderung dar. In einigen anderen
- 7 Bundesländern ist dies deutlich familienfreundlicher geregelt.
- 8

Betr.:
Jedes Kind ins Planetarium Hamburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft wird gebeten, sich dafür
2 einzusetzen, dass jedes schulpflichtige Kind in Hamburg, möglichst bereits wäh-
3 rend der Grundschulzeit mindestens einmal an einer altersangemessenen und
4 pädagogisch wertvollen Vorstellung im Planetarium Hamburg teilnehmen kann.
5 Hierfür soll es analog zum Besuch der Elbphilharmonie ein strukturiertes Pro-
6 gramm seitens der zuständigen Fachbehörden in Zusammenarbeit mit den Schu-
7 len geben. Der Besuch soll zudem fächerübergreifend vor- und nachbereitet wer-
8 den. Mögliche ergänzende Ausstattungsbedarfe sollen dem Planetarium entspre-
9 chend zur Verfügung gestellt werden.

10

11 **Begründung**

12 Nachdem das Planetarium Hamburg in den letzten Jahren ausgebaut worden ist,
13 sind die räumlichen Voraussetzungen für eine strukturierte regelhafte Teilnahme
14 von Klassenverbänden an Vorstellungen nunmehr grundsätzlich gegeben. Analog
15 zu den Bemühungen, jedem Kind einen pädagogisch wertvollen Besuch der
16 Elbphilharmonie zu ermöglichen, sollten ähnliche Anstrengungen auch hinsichtlich
17 des Planetariums Hamburg unternommen werden. Dies kann ein wichtiger Bau-
18 stein für die Entwicklung eines ganzheitlichen aufgeklärten Weltbildes sein und
19 sollte daher altersgerecht möglichst bereits während der Grundschulzeit erfolgen.

Antragsteller:

Landesfachausschuss 1 „Europa und internationale Politik“, Landesfachausschuss 8 „Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur“, Dirk Ahlers, Rolf Reincke, Christel Nicolaysen

Drs. 18203

Betr.:

**Meere von Plastikmüll befreien – Ökosysteme schützen
Für die nachhaltige Reduzierung von Kunststoffen in Gewässern**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Hamburg fordert verstärkte Anstrengungen der Europäischen Union und
2 der EU-Mitgliedsregierungen sowie der Küstenregionen (Bundesländer) gegen die
3 zunehmende Meeresverschmutzung durch Plastik. Die Verschmutzung im Mittel-
4 meer und Atlantik sowie in der Nord- und Ostsee ist gravierend, weil Kunststoffe
5 schwer bis gar nicht abbaubar sind. Die Belastung trifft Europa über Generationen
6 hinweg.

7
8 ➤ **Wir Freie Demokraten unterstützen grundsätzlich die Plastikstrategie**
9 **der Europäischen Kommission.** Sie soll die in der EU jährlich anfallenden
10 fast 26 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle reduzieren. Laut Plänen soll in
11 der EU ab 2030 der Zusatz von Mikroplastik in Kosmetika untersagt wer-
12 den. Allerdings erwartet die Internationale Energie-Agentur (IEA) bis dahin
13 eine Verdoppelung des Plastikeintrages in die Ozeane und Meere.

14
15 **Deshalb fordert die FDP, dass die EU noch rascher nachhaltig han-**
16 **delt, um dauerhafte Schäden an der Natur und für den Menschen ab-**
17 **zuwenden.**

18
19 Nach Recherchen der liberalen Fraktion (ALDE Group) im Europäischen Parla-
20 ment werden derzeit nur 30 Prozent des insgesamt anfallenden EU-Plastikmülls
21 dem Recycling zugeführt. Unterstützenswertes Ziel der EU-Strategie ist es daher,
22 europaweit – wie die Kommission erklärt - „ein neues, stärker kreislauforientiertes
23 Geschäftsmodell“ voranzutreiben:

- 24
25 • Ab 2030 sollen in der EU keine Plastikbecher und -flaschen mehr weggewor-
26 fen und stattdessen alle Verpackungen recycelt oder wiederverbenutzt werden;
27 • der Verbrauch von Einwegplastik wird reduziert und Mikroplastik untersagt;

- 28 • der Plastikeintrag in die maritime Flora und Fauna soll innerhalb von fünf bis
29 zehn Jahren um 90% gesenkt werden.
- 30
- 31 ➤ **Die FDP begrüßt, dass die EU dieses Ziel vorrangig durch die Förderung**
32 **von Investitionen in innovative neue Technologien erreichen möchte, die**
33 **gleichzeitig unsere Industrie wettbewerbsfähig halten.** Recycling muss –
34 wie die Kommission richtig ausführt - „zu einem lohnenden Geschäft“ werden.

35

36 **Speziell zur Reinhaltung der Meere fordert die FDP jedoch weitere Maßnah-**
37 **men!**

38

39 Denn:

40

41 Laut Kommissionsangaben werden jährlich bis zu 500.000 Tonnen Kunststoffe
42 in Europas Gewässer eingetragen. Der meiste Meeresmüll aus Plastik stammt
43 von Leichtverpackungen (LVP), Kunstfaserkleidung, Autoreifenabrieb und
44 Farben, der Rest von Schifffahrt und Fischerei (z.B. Netze). Deshalb hat die
45 EU-Kommission im Mai 2018 ihre Plastikstrategie durch den Vorschlag erwei-
46 tert, zehn Kunststoffprodukte europaweit zu verbieten, die vor unseren Küsten
47 am häufigsten gefunden werden (u.a. Plastikgeschirr, Trinkhalme, Wattestäb-
48 chen und Ballonhalter), diese dürfen künftig nur abbaubare Komponenten ent-
49 halten.

50

- 51 ➤ **Die EU-Verbotspolitik wird aber wirkungslos bleiben, solange der Blick**
52 **auf den Plastikmüll nicht international ist.** So landen nach Recherchen der
53 ALDE Group weltweit 8 Mio. Tonnen Plastik in Ozeanen und Meeren. Eine
54 große Menge des nahezu unverwüstlichen Materials treibt über zehntausende
55 Kilometer hinweg zu uns nach Europa. Wir unterstützen die Anregung der bel-
56 gischen Liberalen und Berichterstatterin im Umweltausschuss des EU-
57 Parlaments Frédérique Ries, die EU solle eine globale Schlüsselrolle in der
58 Plastikpolitik übernehmen.¹

59

60 **Die FDP fordert von EU-Kommission und den EU-Mitgliedsregierungen ver-**
61 **stärkte weltweite Anstrengungen für einen Wandel in der Plastik-**

¹ <https://www.theparliamentmagazine.eu/articles/news/meps-back-radical-new-rules-reduce-plastic-pollution-europe>

62 **Verwendung. Dazu bedarf es der synergetischen Verschränkung entwick-**
63 **lungs-, wirtschafts- und forschungspolitischer Maßnahmen sowie der Au-**
64 **ßenpolitik mit Partnern aus der ganzen Welt.**

65

66 Zusätzlich fordern wir Freie Demokraten die Umsetzung folgender Maßnahmen:

67

68 **a) Auf europäischer Ebene:**

69

- 70 • Konsequente Anwendung des internationalen UN-Seerechtsübereinkommens,
71 das alle Nutzungsarten der Meere regelt, so „die Erhaltung ihrer lebenden
72 Ressourcen und die Untersuchung, den Schutz und die Bewahrung der Mee-
73 resumwelt“,
- 74 • Zeitnahe Einberufung einer von der EU-Kommission initiierten Meeresschutz-
75 Initiative europäische Küstenländer mit internationalen Partnern, um Richtli-
76 nien und Anreize zur schnellen und gründlichen Verringerung der Meeresver-
77 schmutzung umzusetzen,
- 78 • Festlegung zunehmend niedrigerer EU-Grenzwerte für schwer abbaubare Po-
79 lymeren, um Innovationen und Geschäftsmodelle für Recyclinglösungen anzu-
80 regen,
- 81 • Gesteigerte Forschungsförderung des European Research Council (ERC) zu
82 Gunsten Recycling und Umwelttechnik.

83

84 **b) Auf Kommunal- und Landesebene:**

85

- 86 • Bürgerinformation, die ankommt - Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die
87 Themen Mülltrennung und Nachhaltigkeit durch Informationsinitiativen,
- 88 • Förderungsprogramme für Unternehmen, die Produkte aus nachhaltigen, an
89 Stelle von mineralölbasierten Materialien verwenden oder entwickeln,
- 90 • Mehr Müllbehälter im öffentlichen Raum sowie flächendeckend Trinkwasser-
91 spender als Gegenangebot zum Kauf von in Plastikflaschen abgefülltem Was-
92 ser.

93

94 **Begründung: Mündlich (Wolf Achim Wiegand)**

Antragsteller:

Barnabas Crocker, Lutz Schmidt, Philipp Schönhoff,
Rolf Schnittger, Jutta Koy, Cindy Lembke,
Günter Rosenberger, Gert Wöllmann,
Hans Helmut Killinger, Ralf Kempgen

Drs. 18204

Betr.:

Kleine Photovoltaikanlagen und Stromspeicher durch weniger Bürokratie attraktiver machen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Hamburg setzt sich dafür ein, den Betrieb von Photovoltaikanlagen (PV-
- 2 Anlagen) bis zu einer Leistung von 10 kWp von unnötiger Bürokratie zu befreien.
- 3 Hierzu sollen folgende Maßnahmen getroffen werden:
- 4 a. Zum Betrieb einer solchen PV-Anlage soll kein Gewerbe mehr angemeldet
- 5 werden müssen,
- 6 b. die Einnahmen aus der Einspeisung des erzeugten Stroms in das Strom-
- 7 netz sollen steuerfrei sein,
- 8 c. der Preis für den eingespeisten Strom soll sich am Marktpreis orientieren
- 9 und nicht mehr durch staatlich subventioniert werden,
- 10 d. der eigenverbrauchte Strom soll steuerfrei sein,
- 11 e. der jeweilige Verbrauchsstromanbieter soll auf der Stromrechnung den ein-
- 12 gespeisten Strom angeben und die erzielten Einnahmen als Gutschrift
- 13 ausweisen und verrechnen, die dem Anbieter hierfür entstehenden Kosten
- 14 sollen möglichst als Pauschale aus staatlichen Fördermitteln erstattet wer-
- 15 den,
- 16 f. die Anschaffung, Installation und Einrichtung einer PV-Anlage bis 10 kWp
- 17 sollen über zehn Jahre bis zu einem Betrag von maximal 10.000 Euro von
- 18 der Einkommensteuer absetzbar sein,
- 19 g. die Anschaffung, Installation und Einrichtung eines Stromspeichers soll
- 20 über zehn Jahre bis zu einem Betrag von 7500€ von der Einkommensteuer
- 21 absetzbar sein,
- 22 h. die Wartungskosten für PV-Anlage und Stromspeicher sollen von der Ein-
- 23 kommensteuer absetzbar sein.
- 24

25 **Begründung**

26 Aktuell werden PV-Anlagen über ein komplexes Konstrukt vom Staat gefördert.
27 Bei Kleinanlagen beträgt die Einspeisevergütung nach EEG 12,2 Cent/kWh¹, der
28 Marktpreis für den produzierten Strom ohne EEG-Förderung hingegen schwankt
29 und liegt im Jahr 2018 zwischen 1,6 und 5,9 Cent/kWh², also deutlich niedriger.
30 Bürokratisch wird es, weil das Finanzamt in der Regel annimmt, dass mit dem Be-
31 trieb einer PV-Anlage eine Gewinnerzielungsabsicht gegeben ist. Deshalb muss
32 für den Betrieb einer PV-Anlage ein Gewerbe angemeldet werden, das meist ein
33 Kleingewerbe bzw. eine kleine GbR ist. Durch die Qualifizierung als umsatzsteuer-
34 licher Unternehmer wird die beim Kauf einer PV-Anlage die gezahlte Umsatzsteuer
35 als Vorsteuer vom Finanzamt erstattet und die Umsätze aus dem Verkauf des
36 Stroms umsatzsteuerpflichtig. Außerdem ist die PV-Anlage über 20 Jahre ertrag-
37 steuerlich abzuschreiben. Eine detaillierte Beschreibung der steuerlichen Behand-
38 lung findet sich unter <https://www.finanztip.de/photovoltaik/pv-steuer/>
39 Allerdings sind mit einer kleinen PV-Anlage nur äußerst geringe Gewinne zu erzie-
40 len, wenn überhaupt. Absurd ist zudem die Regelung, dass auch der Eigenver-
41 brauch versteuert werden muss, weil man die PV-Anlage in einem ertrag- und
42 umsatzsteuerpflichtigen Gewerbebetrieb betreiben muss. Es ist deshalb falsch,
43 eine PV-Anlage unter dem Aspekt der steuerlichen Gewinnerzielungsabsicht zu
44 beurteilen.
45 Vielmehr sollte eine PV-Anlage unter dem Gesichtspunkt der Kostenersparnis
46 beim Eigenverbrauch betrachtet werden. Denn wer selbst Strom erzeugt, muss
47 ihn nicht teuer einkaufen (aktuell liegt der Durchschnittspreis pro kWh bei 29,44
48 Cent³). Zudem belastet jeder selbst erzeugter und direkt vor Ort verbrauchter
49 Strom nicht die Stromnetze. Hier sind Stromspeicher eine interessante Ergän-
50 zung, die dazu beitragen können, den Eigenverbrauch zu erhöhen, indem produ-
51 zierter Strom direkt vor Ort zwischengespeichert wird.
52 Für PV-Anlagenbetreiber mit kleinen Anlagen dürfte es deutlich interessanter sein,
53 weniger bürokratischen Aufwand und mehr Anreize zum Eigenverbrauch zu be-
54 kommen, als über bürokratische Verfahren höhere Einspeiseentgelte zu erhalten
55 und noch am Anfang die Umsatzsteuer auf den Erwerb der Anlage erstattet zu
56 bekommen. Deshalb sollte der Energieanbieter für den Verbrauchsstrom auch
57 den eingespeisten Strom auf der Rechnung ausweisen und ihn zu Marktpreisen
58 einfach gegenrechnen, die ihnen hierfür entstehenden Kosten sollen sie aus EEG-

¹https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/ErneuerbareEnergien/ZahlenDatenInformationen/EEG_Registerdaten/ArchivDatenMeldgn/ArchivDatenMeldgn_node.html

² https://www.energy-charts.de/price_avg_de.htm?price=nominal&period=weekly&year=2018

³ https://www.bdew.de/media/documents/1805018_BDEW-Strompreisanalyse-Mai-2018.pdf

59 Fördermitteln erstattet bekommen. Dies würde die teure Einspeisesubventionie-
60 rung beenden und einen weiteren Anreiz zum Eigenverbrauch setzen.

61 Um die Anschaffung von PV-Anlagen und Stromspeichern weiterhin attraktiv zu
62 gestalten, sollten sie von der Einkommensteuer absetzbar sein, sowohl die An-
63 schaffung, als auch die Installation und Wartung. Dies war bislang nur über ein
64 Gewerbe möglich.

65 Im Idealfall müsste sich ein Betreiber einer kleinen PV-Anlage nach der Installati-
66 on nur noch um die jährliche Absetzung von der Steuer kümmern, der Rest würde
67 automatisch und weitestgehend ohne Bürokratie erfolgen.

Betr.:
Luke, ich bin dein Elternteil

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten fordern die Ersetzung der Begriffe Vater und Mutter durch
2 Elternteil im Familienrecht.

3

4 **Begründung**

5 Unterscheidungen nach dem Geschlecht der Elternteile sollen in der Definition
6 nicht mehr enthalten sein. Eine solch starre Trennung spiegelt nicht mehr die Le-
7 bensrealität von gleichgeschlechtlichen Paaren und von Inter- und transsexuellen
8 Eltern wider.

Betr.:
Die Zukunft der Hamburger Fernwärme

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **1. FERNWÄRME HAMBURG: SCHLÜSSELINFRASTRUKTUR AM SCHEIDE-**
2 **WEG**

3 Das Wohnen in Hamburg wird für breite Bevölkerungsschichten immer mehr zum
4 Luxusgut. Fast jeder zweite Hamburger gibt bereits mindestens die Hälfte seines
5 Einkommens für Miete und Nebenkosten aus. Ein großer Anteil der Nebenkosten
6 entfällt dabei auf Heizung und Warmwasser¹; damit ist eine sichere und effiziente
7 Wärmeversorgung einer der Schlüsselfaktoren für bezahlbares Wohnen in der
8 Stadt. Das Hamburger Fernwärmenetz versorgt als zweitgrößtes Fernwärmenetz
9 Deutschlands etwa 250.000 Hamburger Wohnhaushalte mit Wärme², viele davon
10 in Großwohnsiedlungen; außerdem eine Vielzahl von Gewerbe- und Industriebe-
11 trieben. Diese Schlüssel-Infrastruktur für die Freie und Hansestadt Hamburg
12 (FHH) steht momentan am Scheideweg.

13 Der rot-grüne Senat gibt kurz vor Fristablauf bekannt, das Fernwärmenetz zu ei-
14 nem völlig überhöhten Preis zurückkaufen zu wollen. Diese Entscheidung trifft der
15 Senat nach jahrelanger Untätigkeit nunmehr überhastet auf Basis einer unseriö-
16 sen Wertermittlung und zu einem Zeitpunkt, an dem wesentliche ökonomische und
17 rechtliche Eckpunkte noch völlig ungeklärt sind. Das bisher nur in Grundzügen
18 vorgelegte zukünftige Wärmekonzept des Senats ist unausgegoren und von grü-
19 ner Symbolpolitik getrieben. Es leistet keinen zusätzlichen Beitrag zum Klima-
20 schutz. Stattdessen verschlingt der Bau neuer, zum Teil mit fossilen Energieträ-
21 gern betriebener Erzeugungsanlagen zum Ersatz des alten Heizkraftwerks (HKW)
22 Wedel dreistellige Millionenbeträge. Während der mehrjährigen Planungs- und
23 Bauzeit dieser Ersatzanlagen muss das ineffiziente und dreckige Kraftwerk Wedel
24 unnötig lange am Netz bleiben, was weitere Kosten nach sich zieht. Die Folgekos-
25 ten dieser unnötigen Investitionen und die hohen Wärmegestehungskosten wer-
26 den die Fernwärmekunden in den kommenden Jahren in Form kräftiger Preiser-
27 höhungen teuer bezahlen. Damit verteuert der Senat das Wohnen für hunderttau-
28 sende Hamburgerinnen und Hamburger erheblich und mindert dadurch die Le-

¹ **Mietenspiegel 2017:** Anstieg gegenüber 2015: 5,2 %. **Durchschnittsmiete** nettokalt: 8,44 €/m². Aktuelle durchschnittliche Neuvertragsmiete: 13,24 €/m². Nebenkosten: 3,28 €/m², davon entfiel ein Drittel auf Heizkosten (1,08 €/m², Abrechnungsjahr 2015).

² Quelle: Mikrozensus 2011, https://ergebnisse.zensus2011.de/#StaticContent:02,GWZ_1_1_5,m,table

29 bensqualität in der Stadt. Dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist, wird
30 derzeit besonders für die Kundinnen und Kunden der Stromnetz Hamburg deut-
31 lich: Nach dem Rückkauf hat der nunmehr städtische Netzeigentümer die Netz-
32 entgelte um 12 Prozent erhöht – und damit deutlich stärker als im Bundesdurch-
33 schnitt. Bezahlbares Wohnen ist für viele Bürgerinnen und Bürger von derart exis-
34 tenzieller Bedeutung, dass alle politischen Entscheidungen hinsichtlich ihrer Aus-
35 wirkungen auf die Wohnkosten geprüft werden müssen. Der rot-grüne Senat han-
36 delt geradezu fahrlässig, wenn er diese Situation verkennt und sehenden Auges
37 die Fernwärme in Hamburg unnötig verteuert. Hamburg braucht statt ideologiever-
38 blendeter Luftschlösser ein Fernwärmekonzept, das sicher, effizient sowie bezahl-
39 bar ist und nachhaltige Perspektiven bietet.

40 **Das Konzept der Freien Demokraten**

- 41 1. nutzt die bereits bestehende Infrastruktur bestmöglich aus und erspart den
42 Fernwärmekunden dadurch viele Hundert Millionen Euro für unnötige Nach-
43 rüstungen und Kraftwerksneubauten;
- 44 2. trägt durch vergleichsweise niedrige Wärmegestehungskosten dafür Sorge,
45 dass die Fernwärme in Hamburg bezahlbar bleibt und leistet damit einen wich-
46 tigen Beitrag zur Stabilisierung der Wohnkosten;
- 47 3. schafft für die Fernwärmegesellschaft eine stabile Ertragslage, erhöht dadurch
48 deren Unternehmenswert und ermöglicht den rechtlich einwandfreien Rück-
49 kauf des Fernwärmenetzes und damit die Umsetzung des Volksentscheids
50 von 2013, ohne auf bewertungstechnische Tricks zurückgreifen zu müssen;
- 51 4. versetzt die Freie und Hansestadt Hamburg in die Lage, das HKW Wedel be-
52 reits im Jahr 2022 vom Netz zu nehmen und die Umrüstung des HKW Tiefs-
53 tack auf Erdgas bereits 2025 durchzuführen und ist damit ökologisch vorteil-
54 haft. Der CO₂-Ausstoß wird unter Betrachtung des Lebenszyklus der Kraft-
55 werke deutlich geringer ausfallen als im Senatskonzept;
- 56 5. schafft durch eine kluge Brückenlösung den nötigen zeitlichen und finanziellen
57 Spielraum, klimafreundliche und innovative Energiekonzepte für Hamburg
58 entwickeln zu können.

59

60 **2. AUSGANGSLAGE**

61 **2.1. DER VOLKSENTSCHEID**

62 Der Volksentscheid „Unser Hamburg – unser Netz“ vom 22.09.2013 beauftragt
63 den Senat und die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg,

64 *„fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte [zu unternehmen], um die*
65 *Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in*

66 *die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte,*
67 *klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuer-*
68 *baren Energien.“*

69 Das größte Hamburger Fernwärmenetz samt Erzeugungsanlagen wird derzeit von
70 der Vattenfall Wärme Hamburg GmbH (VWH GmbH) betrieben. Bezüglich dieses
71 Netzes hat die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsma-
72 nagement mbH (HGV) im Auftrag der FHH am 16.01.2014 mit dem Mehrheitsei-
73 gentümer Vattenfall eine Kaufoption vereinbart, die am 30.11.2018 abläuft. Mit
74 Ausübung der Option gehen die verbleibenden 74,9% Anteile an der VWH GmbH
75 gegen Zahlung von rund 625 Mio. € auf die HGV über. Dieser Kaufpreis entspricht
76 dem im Jahr 2014 vereinbarten Mindestpreis von 950 Mio. € für 100% der Anteile
77 unter Anrechnung des bereits im Jahr 2011 gezahlten Kaufpreises für die ersten
78 25,1% in Höhe von etwa 325 Mio €.

79

80 **2.2. RÜCKKAUF NACH GUTSHERRENART ZU ÜBERHÖHTEM PREIS**

81 Der Senat hat nunmehr angekündigt, die vereinbarte Option ausüben und das
82 Fernwärmenetz zum 1.1.2019 zum Mindestkaufpreis von 950 Mio. € vollständig
83 zurückkaufen zu wollen. Wir Freien Demokraten lehnen den überteuerten Rück-
84 kauf des Fernwärmenetzes ab. Das vom Senat in Grundzügen präsentierte Wär-
85 mekonzept und die daraus abgeleitete sogenannte „Unternehmensbewertung aus
86 Käufersicht“ sind nicht tragbar. Es bestehen zudem nach wie vor erhebliche Zwei-
87 fel an der Zulässigkeit des Volksentscheids, denn das nun daraus abgeleitete Peti-
88 tum hat eine erhebliche Bindungswirkung für den Haushalt und greift in das par-
89 lamentarische Budgetrecht ein.

90 In der ersten Jahreshälfte 2018 hat die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
91 (BDO) auf Basis des unternehmerischen Konzepts der VWH GmbH eine Unter-
92 nehmensbewertung durchgeführt. Das Gutachten besagt, dass der objektivierte
93 Unternehmenswert (Ertragswert) des Fernwärmenetzes 645,1 Mio. € beträgt und
94 damit etwa 300 Mio. € unter dem Mindestkaufpreis liegt. Diese Unternehmensbe-
95 wertung wurde durch die PricewaterhouseCoopers GmbH (PwC) geprüft und be-
96 stätigt und so vom Senat akzeptiert. Der Rückkauf zu einem überhöhten Preis
97 bringt den Senat gleich mit einer ganzen Reihe von Rechtsnormen in Konflikt. An
98 erster Stelle zu nennen ist hier die in der Landeshaushaltsordnung verankerte
99 Pflicht zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Verwendung von Haus-
100 haltsmitteln. Ein weiteres massives Problem ergibt sich aus dem EU-Beihilferecht:
101 Es ist davon auszugehen, dass ein Kauf zu einem den objektivierten Unterneh-

102 menswert weit übersteigenden Preis einen Beihilferechtsverstoß darstellt und so-
103 mit Strafzahlungen oder auch die Rückabwicklung des Kaufvertrags drohen.
104 Anstatt jedoch zu diesem Zeitpunkt die Reißleine zu ziehen, mit Vattenfall eine
105 Verlängerung der Option zu verhandeln und mittels externer Expertise ein durch-
106 dachtes und wirtschaftlich tragfähiges Versorgungskonzept als Basis für den
107 Rückkauf auszuarbeiten, greift der Senat zur Brechstange und beauftragt ein wei-
108 teres Gutachten bei der LBD Beratungsgesellschaft mbH. Dieser Auftrag hat ein
109 Geschmäcke, denn LBD war noch 2013 im Auftrag der Volksinitiative „Unser
110 Hamburg, unser Netz“ Gutachter. Die Finanzbehörde hat die Schwierigkeit dieser
111 Begutachtung offenbar erkannt und ihren eigenen Gutachter PwC damit beauf-
112 tragt, den Gutachtenprozess der Umweltbehörde zu kontrollieren – ein Sinnbild für
113 die tiefen Interessenskonflikte und das gegenseitige Misstrauen innerhalb der rot-
114 grünen Regierungskoalition.

115 Die von LBD vorgelegte „Unternehmensbewertung aus Käufersicht“ ist so auch bei
116 näherem Hinsehen eine Farce: Auf Basis eines bisher lediglich in Grundzügen
117 vorliegenden zukünftigen Wärmekonzeptes wurde - unter deutlich zu optimisti-
118 schen Annahmen - ein Businessplan aufgestellt. Die daraus abgeleitete Zahlungs-
119 reihe wird nun, wie es übliche Praxis in der Unternehmensbewertung ist, auf einen
120 Barwert abgezinst. Allerdings verwendet LBD als Diskontierungszinssatz nicht et-
121 wa einen marktüblichen, risikoadäquaten Zinssatz, sondern übernimmt ungeprüft
122 einen wesentlich niedrigeren politisch gewünschten Zinssatz nach Vorgabe der
123 BUE. Dieses Zins-Wunschkonzert führt zu einer gegenüber dem von PwC erstell-
124 ten Plausibilisierungsgutachten um 230 Mio. € erhöhten Bewertung. Das Senats-
125 konzept ist allerdings so unwirtschaftlich, dass die operativen Erträge selbst mit
126 diesem Bewertungstrick zu keinem ausreichenden Unternehmenswert führen.

127 Deshalb geht die Kreativität des Gutachters noch einen Schritt weiter und bezieht
128 zusätzliche „Ertragskomponenten“ in die Bewertung ein. Zum einen werden Steu-
129 ervorteile in Höhe von 150 Mio. € mitbewertet, die rein gar nichts mit der Fern-
130 wärme zu tun haben, sondern sich aus einem durch andere städtische Gesell-
131 schaften verursachen Verlustvortrag in der HGV-Konzernbilanz ergeben. Zum an-
132 deren wird unterstellt, dass die Förderung von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung
133 (KWK) unverändert fortgeführt wird, was sich mit weiteren 155 Mio. € in der Be-
134 wertung niederschlägt – bis dato ist jedoch die Verlängerung des KWK-Gesetzes
135 noch nicht einmal beschlossen. **Die Art und Weise, mit der hier ein „Unterneh-**
136 **menswert aus Käufersicht“ herbeibegutachtet wurde, ist unseriös.**

137 Geradezu erschreckend ist aber, dass der rot-grüne Senat seine Rückkaufent-
138 scheidung im Blindflug trifft. Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) ist gegen-

139 über dem grünen Koalitionspartner völlig eingeknickt. Er verkündet die Entschei-
140 dung zum Rückkauf zu einem Zeitpunkt, an dem weder ein solides, bewertbares
141 Konzept zur Neuausrichtung der städtischen Fernwärme nach einem vollständigen
142 Rückkauf existiert, noch feststeht, wie es mit der KWK-Förderung weitergeht, noch
143 eine Unbedenklichkeitsbestätigung bezüglich des EU-Beihilferechts vorliegt.

144

145 **2.3. DAS SENATSKONZEPT: UNAUSGEGOREN, ÖKOLOGISCH FRAGWÜR-** 146 **DIG, ÖKONOMISCH KATASTROPHAL, SOZIAL VERANTWORTUNGSLOS**

147 Das Versorgungskonzept des Senats liegt der Bürgerschaft bislang nur in Grund-
148 zügen vor. Wesentliche Eckpunkte, wie z.B. der Zeitplan und die genauen Kosten
149 für die neu zu errichtenden Anlagen, sind im Senatskonzept nicht erläutert. Auf
150 dieser Basis eine qualifizierte Rückkaufentscheidung zu treffen, ist unmöglich.
151 Nach über drei Jahren grüner Regierungsbeteiligung und Leitung der fachlich zu-
152 ständigen Behörde kommt dieses Versagen einer politischen Bankrotterklärung
153 gleich.

154 Zum heutigen Stand zeichnet sich das Senatskonzept vor allem durch einen unnö-
155 tigen, enorm hohen Investitionsaufwand aus. Die folgenden Ausgaben sind unnö-
156 tig:

- 157 • 150 Mio. € für die Errichtung eines mit Erdgas betriebenen Kraftwerks mit
158 Kraft-Wärme-Kopplung (GuD-Kraftwerk) auf der Dradenau;
- 159 • 54 Mio. € für die Installation einer Wärmepumpe und eines Aquifer-Speichers;
- 160 • Ca. 80-100 Mio. € für die nochmalige Ertüchtigung und Laufzeitverlängerung
161 des HKW Wedel um wenige Jahre, da es erst nach Inbetriebnahme des neu-
162 en GuD-Kraftwerks vom Netz gehen kann.

163 Die Abschreibungen und Finanzierungskosten für diese Anlagen erhöhen die Be-
164 triebskosten des Hamburger Fernwärmenetzes erheblich. Diese Kosten muss die
165 städtische Fernwärmegesellschaft wieder einspielen, das heißt, die Hamburger
166 Fernwärmekundinnen und -kunden müssen sich auf kräftige Preissteigerungen
167 gefasst machen – und das, obwohl Fernwärme bereits heute die teuerste Hei-
168 zungsvariante ist.

169 Ein zusätzliches Risiko im Zusammenhang mit den Investitionen liegt in den über-
170 optimistischen Annahmen des „auf Kante genähten“ Businessplans. LBD plant ein
171 Nettowachstum der abgesetzten Fernwärmemenge von 44 GWh pro Jahr (ca. 1,2
172 Prozent der derzeitigen Wärmemenge), die angesichts der Effizienzziele der Bun-
173 desregierung und der darin enthaltenen großen Einsparungen viel zu hoch ange-
174 setzt sind.

175 Auch ökologisch ist das Fernwärmekonzept des Senats keineswegs so innovativ
176 und vorteilhaft, wie es verkauft wird. Es gibt zwar vor, die Dekarbonisierung voran-
177 zutreiben, erlaubt aber de facto gerade keine klimaverträgliche Energieversor-
178 gung: (1) das kohlegefeuerte Kraftwerk Wedel muss so lange am Netz bleiben, bis
179 die Ersatzanlage betriebsbereit ist – dies wird nach Aussage des Senats frühes-
180 tens im Jahr 2024 der Fall sein. (2) Das für den Ersatz von Wedel geplante Kraft-
181 werk wird mit Erdgas betrieben. (3) Die Errichtung des Kraftwerks erfordert einen
182 erheblichen Ressourcen- und Energieeinsatz, der zusätzlich Anlass gibt, die öko-
183 logische Sinnhaftigkeit des Konzeptes zu hinterfragen. Eine Lebenszyklusanalyse
184 der diskutierten Konzepte wäre hier zielführend gewesen, der Antrag der FDP-
185 Fraktion zur Durchführung einer solchen Analyse wurde jedoch von der rot-grünen
186 Mehrheit in der Bürgerschaft abgelehnt.

187 **Das Senatskonzept erfüllt den im Volksentscheid formulierten Auftrag nicht:**
188 **Es erlaubt keine klimaverträgliche Energieversorgung, ist wirtschaftlich**
189 **nicht sinnvoll und damit auch nicht sozial gerecht. Wir lehnen auf dieser Ba-**
190 **sis den Rückkauf zum Mindestkaufpreis und die nachfolgende Umsetzung**
191 **des Senatskonzepts entschieden ab.**

192

193 **3. DIE BESSERE ALTERNATIVE: DAS LIBERALE FERNWÄRMEKONZEPT**
194 Unser Konzept setzt auf die intelligente Einbindung bereits im Betrieb befindlicher
195 Anlagen und lehnt den Bau überflüssiger Kraftwerke aus ökologischen und öko-
196 nomischen Gründen ab.

197

198 **3.1. KOSTENEINSPARUNG**

199 Durch Verzicht auf den Bau redundanter zusätzlicher Kraftwerke entfällt im libera-
200 len Fernwärmekonzept ein Großteil der Investitionsaufwendungen. Außerdem
201 kann das Kraftwerk Wedel planmäßig vom Netz gehen, so dass keine teure Er-
202 tüchtigung notwendig wird. **In Summe lassen sich durch das liberale Fernwär-**
203 **mekonzept der Zukunft mindestens 300 Mio. € unnötiger Investitionen ein-**
204 **sparen; zudem wird die Wärme deutlich günstiger produziert.**

205

206

207 **3.2. SCHNELL VERFÜGBARE FERNWÄRME**

208 Das Heizkraftwerk Moorburg (HKW Moorburg) ist für eine zuverlässige und sichere
209 Stromversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der gesamten
210 Metropolregion essentiell. Als leistungsfähiges und zugleich hochflexibel steuerbares
211 Grundlastkraftwerk ist es für den stabilen Betrieb des Stromnetzes in Nord-
212 deutschland auf mittlere Sicht unverzichtbar. Auch und gerade im Zuge des Aus-
213 baus der regenerativen Energien dient es als notwendiges und sinnvolles Kom-
214 plement, um die natürlichen Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind
215 und Sonne in kurzer Zeit, d.h. innerhalb weniger Minuten ausgleichen zu können.
216 Es ist zudem eines der effizientesten Steinkohlekraftwerke Europas und mit mo-
217 dernster Umwelttechnik zur Minimierung von Schadstoffemissionen ausgestattet.

218 **Fernwärme aus Moorburg verbessert die Energieeffizienz des Kraftwerks.**

219 Mittels Kraft-Wärme-Kopplung wird die Abwärme aus der Kohle-Verstromung als
220 Fernwärme eingesetzt. Die Brennstoffausnutzung steigt vom derzeitigen Wir-
221 kungsgrad von bis zu 46,5 Prozent bei der reinen Stromerzeugung auf rund 60
222 Prozent für die kombinierte Strom- und Fernwärmeerzeugung. Der aus ohnehin
223 anfallenden Kohlendioxidemissionen (CO₂-Emissionen) generierte Nutzen für die
224 Menschen erhöht sich somit deutlich.

225 **Fernwärme aus Moorburg ist kurzfristig verfügbar.** Schon in der ursprüngli-
226 chen Konzeption des HKW Moorburg war die Fernwärmeerzeugung explizit vor-
227 gesehen. Im HKW Moorburg sind heute bereits Komponenten für eine Fernwär-
228 meauskopplung von bis zu 450 MW_{th} installiert, die maximal mögliche Fernwär-
229 meauskopplung liegt sogar bei 650 MW_{th}.

230 Der Einsatz von Moorburg-Wärme ist wirtschaftlich und ökologisch von Vorteil. Die
231 durch die Fernwärmeauskopplung erzielbare höhere Energieeffizienz sorgt nicht
232 nur für eine bestmögliche Ausnutzung wertvoller Ressourcen, sondern sichert
233 auch weiterhin niedrige Wärmegestehungs-kosten, sodass die Fernwärme für die
234 Kundinnen und Kunden bezahlbar bleibt. Der Ertrag des Fernwärmenetzes und
235 damit der Unternehmenswert wird erhöht. Im Gegensatz zu den „Ersparnissen“
236 durch Steuervorteile und Subventionen, die der Senat zur Rechtfertigung des
237 überhöhten Kaufpreises ins Feld führt, ist dieser Ertrags- und Wertzuwachs real
238 und substanziell bewertbar. Der Wortlaut des Volksentscheids von 2013 besagt:
239 „Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässig-
240 gen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015
241 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen.“ **Wir stellen fest: Der**
242 **Anschluss Moorburgs ans Fernwärmenetz gehört zu diesen Schritten.**

243 **3.3. BESTAND NUTZEN STATT TEUER NEU BAUEN**

244 Der Verzicht auf die Nutzung der Moorburg-Wärme bei gleichzeitiger ressourcen-,
245 energie- und kapitalaufwändiger Errichtung eines zusätzlichen GuD-Kraftwerks
246 und weiterer Infrastruktur wäre ökonomischer und ökologischer Irrsinn. Um die aus
247 Moorburg kurzfristig lieferbare Fernwärme im Umfang von bis zu 450 MW_{th} in er-
248 heblichem Umfang mittels eines neuen GuD-Kraftwerks zu erzeugen, würden also
249 unnötige Herstellungskosten in deutlich dreistelliger Millionenhöhe anfallen, ohne
250 nennenswerte CO₂-Einsparung:

251 „[...] ganz grob abgeschätzt kann man sagen, dass die zusätzliche Auskopplung
252 von Wärme aus dem Kohlekraftwerk Moorburg ungefähr die gleichen zusätzlichen
253 Emissionen erzeugt wie ein Gaskraftwerk, das man dann noch zusätzlich bauen
254 müsste.“³

255 An gleicher Stelle geben die Behördenvertreter zu Protokoll, dass man bei der
256 ganzheitlichen Betrachtung der CO₂-Emissionen das Szenario eines Moorburg-
257 Anschlusses von vornherein außen vorgelassen hat. Angesichts dieser Äußerun-
258 gen konstatieren wir: **Die im Senatskonzept in Aussicht gestellte Dekarboni-**
259 **sierung findet nicht statt.**

260

261 **3.4. SINNVOLLE KOMBINATION MIT WEITEREN KOMPONENTEN**

262 Die Nutzung weiterer Wärmequellen in der wachsenden Stadt Hamburg ist aus
263 umwelt- sowie standortpolitischen Gründen sinnvoll. Als zusätzliche Fernwärme-
264 quellen sollen deshalb auch folgende bereits bestehende bzw. geplante Anlagen
265 dienen: (1) das Zentrum für Ressourcen und Energie (ZRE) Stellingen der Stadt-
266 reinigung AöR (ca. 60 MW_{th}, voraussichtlich ab Ende 2022 einsatzfähig) sowie (2)
267 die Industrie-Abwärme aus dem Stahlwerk der ArcelorMittal Hamburg GmbH und
268 dem Aluminiumwerk der TRIMET Aluminium SE (zusammen bis ca. 18 MW_{th}).

269

270 **3.5. FLEXIBEL FÜR NACHFRAGE UND TECHNOLOGIE DER ZUKUNFT**

271 **Flexibilität in Bezug auf die Wärmenachfrage.** Das liberale Konzept verzichtet
272 zunächst auf größere Anlageninvestitionen und bleibt dadurch länger flexibel, um
273 auf einen durch verbesserte Energieeffizienz verursachten Absatzrückgang rea-
274 gieren zu können und in 12-15 Jahren eine der dann erforderlichen Wärmemenge
275 entsprechend dimensionierten Ersatzlösung für Moorburg zu konzipieren und bis
276 Mitte der 2030er Jahre – dem Zeitpunkt des Kohleausstiegs - ans Netz zu bringen.
277 **Flexibilität in Bezug auf sektorübergreifende Energieerzeugungs- und Ener-**
278 **giespeichertechnologien.**

³ Wort-Protokoll Nr. 21/33, Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie am 19.01.2018, S. 12ff.

279 Eine der größten Herausforderungen der Energiewende besteht darin, Technolo-
280 gien zu entwickeln, die es ermöglichen, regenerativ erzeugte Energie zu transfor-
281 mieren und zu speichern, um sie unabhängig von Sektor, Erzeugungsort und Er-
282 zeugungszeitpunkt nutzen zu können. Einige vielversprechende Ansätze wurden
283 bereits entwickelt (Power-to-heat, Power-to-gas in Kombination mit der existieren-
284 den Gas-Leitungs- und Speicherinfrastruktur) und das Innovationstempo in diesem
285 Bereich ist rasant; zum jetzigen Zeitpunkt ist aber noch offen, welche Technologie
286 sich durchsetzen wird. Die Brückenlösung Moorburg schafft einen Zeitgewinn und
287 ermöglicht es, die Entscheidung für eine emissionsarme Energieerzeugungstech-
288 nologie um 12-15 Jahre zu verschieben, da Moorburg als bald einziges Grundlast-
289 kraftwerk des Nordens noch bis Mitte der 2030er Jahre laufen wird. Es ist ein klu-
290 ger Weg, die bei der Stromproduktion anfallende Wärme zu nutzen und die dabei
291 entstehenden Gewinne einzusetzen, um den späteren Umbau des Fernwärmenet-
292 zes zu finanzieren.

293

294 **Begründung erfolgt mündlich.**

Betr.:
Einheitliche Aufsicht für die gesetzlichen Krankenkassen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Hamburg fordert die Bundestagsfraktion der FDP auf, sich für die einheit-
2 liche Aufsicht der gesetzlichen Krankenkassen einzusetzen.

3

4 **Begründung**

5 Regionalgeöffnete Krankenkassen werden von den Landesministerien beaufsich-
6 tigt. Die bundesweiten Krankenkassen werden vom Bundesversicherungsamt be-
7 aufsichtigt. Trotz gleicher gesetzlicher Grundlage, werden Prüfungen und Rechts-
8 auslegungen bei den Aufsichten verschieden gehandhabt. Dies führt zu starken
9 Wettbewerbsverzerrungen. Damit die Kassen gleiche Bedingungen haben, ist die
10 Reform der Aufsichten notwendig.

Betr.:

Regionalfaktor für den Risiko-Struktur-Ausgleich (RSA) einführen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Hamburg fordert die Bundestagsfraktion der FDP auf, sich für den regio-
2 nalen Faktor im Risiko-Struktur-Ausgleich ab 2020 einzusetzen. Die Reform soll
3 die Über- und Unterdeckung der Leistungsausgaben berücksichtigen.

4

5 **Begründung**

6 Der Geldumverteilungsmechanismus des Gesundheitsfonds und des RSA berei-
7 nigen das Ungleichgewicht des Einkommens und der Morbidität für die gesetzli-
8 chen Krankenversicherungen. Doch bei dem Mechanismus werden die regionalen
9 Unterschiede des Versorgungsniveaus und des Preisniveaus nicht berücksichtigt.
10 Dies führt zu unfairen Wettbewerbsbedingungen zwischen den Krankenkassen.
11 Krankenkassen mit hohem Anteil an Versicherten in Hochpreisregionen, müssen
12 ihre Beiträge anheben oder regionale Versorgungsangebote einschränken.

13

14 Der regionale Faktor ist ein wichtiger Schritt um einen fairen Wettbewerb sicher-
15 zustellen, die Kassenvielfalt zu erhalten und eine Übervorteilung einzelner Kran-
16 kenkassen zu verhindern. Damit spricht sich die FDP für das Gutachten des wis-
17 senschaftlichen Beirates des Bundesversicherungsamtes aus.

Betr.:

Spurwechsel für gut integrierte Flüchtlinge ermöglichen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert
- 2 1. die Einwanderung in den Arbeitsmarkt für anerkannte Flüchtlinge und gut inte-
- 3 grierte Asylsuchende, die bereits im ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten, kei-
- 4 ne Sozialleistungen beziehen, die deutsche Sprache sprechen und nicht straffällig
- 5 geworden sind, auf Bundesebene voranzubringen (sog. „Spurwechsel“). Dabei
- 6 darf es jedoch keinerlei Kriterienrabatt oder Privilegierung gegenüber denjenigen
- 7 geben, die sich aus dem Ausland für eine erwerbsbezogene Einwanderung
- 8 bewerben, um keine falschen Anreize zu schaffen.
- 9
- 10 2. für genaue rechtliche Voraussetzungen und eine einheitliche Sonderregelung
- 11 auf Bundesebene einzutreten, unter denen diese bereits integrierten Menschen
- 12 eine dauerhaft Bleibeperspektive in Hamburg erlangen.
- 13

14 Begründung

15 Auf Bundesebene hat sich die Große Koalition Anfang Oktober 2018 auf Details

16 für eine gesteuerte Zuwanderung geeinigt. Diese Neuerungen genügen nicht,

17 denn sie berücksichtigen nicht die Menschen, die es trotz unsicheren Aufenthalts-

18 status geschafft haben, sich wirtschaftlich wie auch persönlich zu integrieren. Für

19 diese Menschen, die die deutsche Sprache sprechen, sich an unsere Rechtsord-

20 nung halten und einer Tätigkeit nachgehen, die es ihnen ermöglicht ein finanziell

21 unabhängiges und eigenverantwortliches Leben zu führen, müssen wir eine Per-

22 spektive schaffen.

23

24 Hamburg muss sich klar positionieren und ein Vorreiter für Vernunft in der Ein-

25 wanderungspolitik sein. Es ist gegenwärtig gängige Praxis, dass Hamburg Men-

26 schen, die z.B. der als „Lampedusa-Flüchtlinge“ bekannt gewordenen Gruppe an-

27 gehören, Aufenthaltserlaubnisse nur im Rahmen von Härtefallverfahren erteilt.

28 Viele dieser Menschen verfügen indes mittlerweile über B1-Deutschkenntnisse,

29 ein unbefristetes Arbeitsverhältnis und ein Einkommen, das ein selbstbestimmtes

30 Leben ermöglicht. Diese Menschen würden daher von einem Spurwechsel profi-
31 tieren.

32

33 Das Härtefallverfahren ist ein Einzelfallverfahren und daher nicht für eine Vielzahl
34 gleichgelagerter Fälle gedacht. Ein gesetzlich normierter Spurwechsel würde hier
35 Klarheit schaffen. Deswegen wollen wir die Kriterien des Einwanderungsgesetzes
36 nutzen, um zu entscheiden, welche Menschen in Deutschland bleiben können.

37 Nach einem negativ beendeten Anerkennungsverfahren muss die Rückkehr in
38 das Heimatland der Regelfall sein. Gleichwohl gibt es Fälle, in denen durch ein
39 Abschiebungsverbot, durch langjährige Duldungen oder durch familiäre bzw. be-
40 rufliche Bindungen ein verfestigter Aufenthalt in Deutschland vorliegt. Es ist weder
41 humanitär vertretbar noch volkswirtschaftlich sinnvoll, gut integrierte Ausländer
42 und ihre Familien abzuschieben, wenn sie hier arbeiten und Steuern zahlen.

43

44 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**